

Besprechungen

Johannes Messner: Das Gemeinwohl; Idee, Wirklichkeit, Aufgaben. Fromms Taschenbücher „Zeitnahe Christentum“, hrsg. v. A. Beckel, H. Reiring, O. B. Rögele. Osnabrück o. J. (1962). A. Fromm. 132 S.

Messner, der abwechselnd im Wintersemester in Wien lehrt, den Sommer in Birmingham zubringt, schöpft gleicherweise aus dem kontinentalen wie aus dem angelsächsischen Überlieferungsgut. Dieser Umstand gestattet ihm, wenn er bestimmen will, was Gemeinwohl ist und worin es besteht, einen ganz und gar ungewohnten Weg einzuschlagen. Gemeinwohl ist ‚beatitudo‘ in dem Sinn, wie die ganze auf *Boëthius* zurückgehende christliche Tradition diesen Begriff versteht: nicht ein subjektives Sich-glücklich-fühlen, sondern die objektive Glückserfüllung, d. i. das Bereichertsein durch den Inbegriff alles Guten und Werthaften, worin der Mensch seine Erfüllung und Vollendung findet. Um diesen seinen Gedanken recht deutlich zu machen, konfrontiert er ihn mit *Benthams* „größtem Glück der größten Zahl“. Bei *Bentham* erscheint die beatitudo individualistisch und hedonistisch pervertiert, doch glaubt Messner diesen Fehler beheben zu können, indem er die Formel folgendermaßen auslegt: „Das Gemeinwohl ist die durch die gesellschaftliche Verbundenheit bedingte größtmögliche, der Bestimmung der Menschennatur zugeordnete Glückserfüllung der Gesellschaftsglieder in ihrer größten Zahl“ (S. 39). „Der Bestimmung der Menschennatur zugeordnet“ besagt, daß es sich um Glückserfüllung nicht durch Lustwerte, sondern durch sittliche Grundwerte handelt (ebd. und S. 20); infolgedessen kann Messner — durchaus zu Recht — das Gemeinwohl mit „verwirklichter Gerechtigkeit“ gleichsetzen und — allerdings etwas künstlich und nicht recht überzeugend — die „größte Zahl“ gleichsetzen mit allen, die sich nicht selbst ausschließen. Mag diese originelle „Synthese“ von *Boëthius* und *Bentham* durch den Reiz des Ungewohnten vielleicht mehr zum Nachdenken anregen als unmittelbar neue Einsichten erschließen, so formuliert Messner zweifellos sehr glücklich und treffend, wenn er das Gemeinwohl bestehen läßt in der „aus der gesellschaftlichen Verbundenheit den Gesellschaftsgliedern erwachsenden Hilfe für die eigenverantwortliche Erfüllung der ihnen in ihrer Natur vorgezeichneten Lebensaufgaben“ (S. 37/38); auf diese Weise ist das Subsidiaritätsprinzip geradezu in den Gemeinwohlbegriff einbezogen. — Was Messner weiterhin im einzelnen, mehr anschaulich als streng systematisch, in zehn „Dimensionen“ aufgefächert über das Gemeinwohl ausführt, bietet eine Fülle von Einblicken und Anregungen und dürfte

weitgehender Zustimmung sicher sein. So eigenwillig in manchen Stücken die Darstellungsweise ist, ebenso gediegen ist der Lehrgehalt.

Oswald v. Nell-Breuning S. J., Frankfurt

Andreas Miller: Kultur und menschliche Fruchtbarkeit — Versuch einer soziologischen Theorie der Bevölkerung. Stuttgart 1962. Ferdinand Enke Verlag. 152 S.

Der Verfasser will, wie er im Vorwort sagt, eine Lücke füllen. Die Lücke besteht seines Erachtens in dem Fehlen einer Bevölkerungstheorie, die eine erschöpfende kausale Erklärung für die Entwicklung der Bevölkerungszahl bietet. Zur Erhärtung seiner These setzt er sich kritisch mit einigen Theorien auseinander, die Bevölkerungsprobleme zum Inhalt haben. Vom Optimumtheorie sagt er zu Recht, daß sie sich nicht mit den Gründen der Bevölkerungsveränderungen befaßt. Daß er das allerdings als ihren „größten Mangel“ bezeichnet, ist nicht recht verständlich; denn ihre Verfechter haben sich bewußt auf die wirtschaftlichen Wirkungen von Bevölkerungsänderungen beschränkt.

Bei der Diskussion der sogenannten biologischen Bevölkerungstheorien kritisiert Miller die Vernachlässigung der geistig-seelischen Struktur des Menschen, die die Unterstellung ausschließt, daß die Menschen in ihrem generativen Verhalten auf bestimmte Einflüsse uniform und immer wieder gleich reagieren.

An den soziologischen Bevölkerungstheorien *Momberts*, *Brentanos* u. a. hingegen kritisiert er, daß sie sich auf den Versuch beschränken, den im 19. Jahrhundert in Europa einsetzenden Geburtenrückgang zu erklären.

Die wohl bedeutendste der neueren Arbeiten zur Bevölkerungstheorie stammt von *Mackenroth*. In seiner „Bevölkerungslehre“ entwirft er das Bild verschiedenartiger „Bevölkerungsweisen“, die das Resultat des Zusammenwirkens von Kultur, Gesellschaftsordnung und generativem Verhalten sind. Sie sind also abhängig von den historischen Gegebenheiten und der historischen Entwicklung. Bis hierher folgt Miller *Mackenroth*. Entschieden lehnt er jedoch dessen Meinung ab, eine kausale Erklärung sozialer Vorgänge sei unmöglich. Gerade das macht sich der Verfasser in seiner Theorie zur Aufgabe. Als Vorbild dient ihm die *Malthussche* Bevölkerungstheorie, die er einer Analyse unterzieht. Er sieht in ihr den bisher bedeutendsten bevölkerungstheoretischen Beitrag, weil es sich (in der ersten Fassung) um ein Gleichgewichtssystem handelt, das alle Bestimmungsfaktoren der Bevölkerungsentwicklung enthält. Er hebt die Vorteile der Gleichgewichtskonzeption hervor und meint dann, auf sein Anliegen eingehend, daß auch für seine soziale Bevölkerungstheorie die Form der Gleichgewichtstheorie gerechtfertigt sei, weil auf lange Sicht „alle uns bekannten Bevölkerungen“ konstante Menschenzahlen aufweisen: d. h. „von kurzfristigen Abweichungen abgesehen, bleibt die Geburtlichkeit der Sterblichkeit gleich“ (S. 41). Bei solchen Abweichungen müßten „Kräfte, die innerhalb der Bevölkerung vorhanden sind, . . . auto-

matisch in Aktion treten“ und das Gleichgewicht wiederherstellen (S. 41).

Diese Behauptung, die Miller zur grundlegenden Voraussetzung seiner Theorie macht, widerspricht jedoch eindeutig jeglicher empirischen Erfahrung. Man kann sagen, daß sich in der neueren Geschichte die überwiegende Mehrzahl aller Völker in einem mehr oder minder stürmischen Wachstumsprozeß befindet, so daß von einem Gleichgewicht im Sinne Millers — Geburtenziffer gleich Sterbeziffer — nicht die Rede sein kann. Sicherlich hat Miller das nicht übersehen. Aber er scheint das als short-run-Erscheinung anzusehen. „Bei einer dauerhaften Vergrößerung der Nahrungsmenge sinkt die Sterblichkeit für eine gewisse Zeit unter die Geburtlichkeit, der neugeschaffene Lebensraum wird ausgefüllt, und die Sterblichkeit erreicht bald ihr ursprüngliches Niveau“, schreibt er (S. 43). Dieser Vorgang „der Schaffung neuen Lebensraumes“ ist jedoch ein durch den technischen Fortschritt in Gang gehaltener Prozeß, für dessen baldiges Ende nichts spricht. In einer Fußnote auf S. 135 gibt der Verfasser zu erkennen, daß er die Möglichkeit einer mit der Wirtschaftsentwicklung mitwachsenden Bevölkerungszahl gesehen hat. Jedoch verfolgt er diesen Gedanken nicht weiter, weil er mit seiner Grundkonzeption eines Gleichgewichts von Geburtenziffer und Sterblichkeit schwer vereinbar ist.

In der Folge konstruiert Miller drei Bevölkerungstypen, die primitive, die vor-malthusianische und die malthusianische Bevölkerung, und zeigt, in welcher Weise bei auftretenden Gleichgewichtsstörungen der Ausgleich wiederhergestellt wird.

Die „malthusianische“ Bevölkerung charakterisiert die moderne Kleinfamilie, die ihre Kinderzahl nach rationalen Gesichtspunkten selbst bestimmt und sie der jeweiligen ökonomischen Situation anpaßt. Das Gleichgewicht wird hier also durch Veränderung der Geburtenzahl erreicht. Diese Modellkonstruktion, deren Schwächen der Verfasser kennt, ist anschaulich und zeigt besonders deutlich die kausalen Beziehungen, die zwischen Kinderzahl und wirtschaftlicher Lage der Familie bestehen.

Der Verfasser hat mit seinem Buch einen originellen Beitrag zur Erhellung der kausalen Beziehungen zwischen Umwelt und Bevölkerungsbewegung geliefert. Es könnte Beginn und Wegweiser zu einer „kausalen“ Bevölkerungstheorie sein. Hubertus Adebahr, Berlin

Murray N. Rothbard: Man, Economy, and State. A Treatise on Economic Principles. 2 Bände. Princeton — Toronto — London — New York 1962. Van Nostrand Company, Inc. XVIII, IX, 987 S.

Das vorliegende umfangreiche Lehrwerk der nationalökonomischen Theorie wurde sowohl für den Fachstudenten wie für den „intelligenten, gebildeten Laien“ geschrieben. Mit dieser Widmung verbindet der Autor in seinem Vorwort die Klage darüber, daß zu den un-

glücklichsten Verlusten, die der Erste Weltkrieg gebracht habe, das Aussterben der „Principles“ in unserer Literatur gehöre: jener voluminösen Grundrisse und „Grundsätze“, die sachlich-systematisch und oft auch methodologisch derart weit und tief fundamentiert wurden, daß sie das ganze Gebäude der Volkswirtschaftslehre — der „Political Economy“ oder „Economics“, um bei der vom Verfasser apostrophierten angelsächsischen Terminologie und Übung zu bleiben — trugen und die Architektur seines vielgliedrigen Fachwerks eindrucksvoll hervortreten ließen. „Wicksteed (1910), Taussig (1911) und Fetter (1915) haben die letzten dieser altmodischen ‚Principles‘ zu Papier gebracht, und was dann folgte, war um so fragmentarischer und zusammenhangloser, je mehr dabei auf die ‚Anwendung‘ der Wirtschaftstheorie abgezielt wurde, ausgenommen vielleicht Mises‘ ‚Human Action‘ und Knights ‚Risk, Uncertainty, and Profit‘“ (Bd. 1, S. VIII), Behauptungen, die in dieser Verallgemeinerung einfach nicht stimmen, wie die „Principles“ etwa von Blodgett, Carver und Froman bezeugen (um nur diese drei Amerikaner und schon gar nicht die stattliche romanische Angebotskonkurrenz zu nennen). Wie dem auch sei — was in „Vorworten“ zu lesen steht, darf ohnehin häufig nicht ganz ernst genommen werden. Rothbard hätte es nicht nötig gehabt, sich mit einer solchen captatio benevolentiae beim Leser quasi dafür zu entschuldigen, daß sein „Treatise“ diese Lehrbuchgattung um ein tausend Seiten starkes Exemplar vermehrt hat. Es ist in seinem Aufbau nachgerade typisch für neuere amerikanische Studiengrundrisse, vor allem mit seinem Einleitungskapitel „Fundamentals of Human Action“, das direkt auf die verhaltenstheoretische Deutung direkten und indirekten Gütertauschs hinführt. Es folgen die Elemente der Preisbildung, zunächst im Blickfeld der Verbrauchslehre und dann besonders ausführlich vom Standpunkt der Produktion, die mit der nahezu lückenlosen Darstellung aller ihrer Einzelprobleme und -theoreme den größten Raum beider Bände einnimmt. Im Anschluß hieran wird das Preisbildungsthema abermals aufgenommen, und zwar mit Hinsicht auf die bedeutsameren Marktformen zwischen Monopol und vollständigem Wettbewerb. (Dem Rezensenten erscheint diese Zerreißung der Preistheorie und ihre Abhandlung an ganz verschiedenen Stellen didaktisch nicht unbedenklich.) In den Schlüssekapiteln werden die Geld- und Währungslehre (und innerhalb dieser die Konjunkturtheorie!) sowie die Bausteine einer „Theorie der Wirtschaftspolitik“ erörtert. Ein sehr detailliertes Namen- und Sachverzeichnis und minuziöse Literaturhinweise erhöhen den Gebrauchswert des Werkes allgemein wie auch zur raschen Unterrichtung in speziellen Fragen. Verwunderlich ist freilich, daß in einem so umfänglichen einführenden Lehrbuch der Wirtschaftstheorie auch und eben amerikanischer Provenienz Namen wie zum Beispiel Arrow, Carey, Commons, Hicks, Sraffa oder Sweezy im Gegensatz zu vielen nicht minder Ehrenwerten aus der zweiten und dritten Garnitur völlig totgeschwiegen werden.

Antonio Montaner, Mainz

Erwin Hözle: Geschichte der zweigeteilten Welt — Amerika und Rußland. Hamburg 1961. Rowohlt Taschenbuch Verlag GmbH. 173 S.

Das Buch enthält einen komprimierten und lebendigen Überblick über ein Teilgebiet der „Weltpolitik“ des 19. Jahrhunderts, wobei die amerikanisch-russische „Begegnung“ in den Mittelpunkt gestellt ist. Von einem zünftigen Historiker geschrieben, erfüllt es alle Anforderungen, die diese Wissenschaft stellt.

Gleiches läßt sich vom Standpunkt der Politik aus nicht sagen. Eine Zwiespältigkeit, die aktuelle Stellungnahmen praktizierender Geschichtsforscher fast regelmäßig hinterlassen. Die Frage nach dem Grunde ist auch erkenntnistheoretisch interessant. Wie der Verf. (S. 16) versichert, besteht heute innerhalb der Disziplin ein „tiefer Zweifel“ an der Aussagekraft der Geschichte für die Gegenwart (von der Zukunft nicht zu reden, auf die uns angeblich die wissenschaftliche Sicht genommen ist und über die wir nach dieser Ansicht nur „Gesichte“, nur Visionen haben können, weil sie etwas „Sinnloses“ sei). Dieser Skeptizismus ist keineswegs neu; er ist sogar sehr alt. Und er beruht auch nicht, wie seit langem bekannt ist, auf der Geschichte, vielmehr in der reflektierenden Geschichts-„Betrachtung“. Nur in der Großen, in der Gemeinschaftsgeschichte können gewisse Zwangsläufigkeiten nachgewiesen werden. Die klassische individualistische Helden-Geschichtsschreibung vermag nur das allgemeine moralische Kausalgesetz von Schuld und Sühne zu bestätigen, weil unter dieser subjektivistischen Sicht niemand „zweimal in denselben Strom steigen“ kann. Daß begangene Fehler dabei mitunter nicht erkannt oder in ihrer Tragweite unterschätzt werden, macht die „Bewältigung der Vergangenheit“, d. h. die geistige Durchdringung und Aufarbeitung der Geschichte (einen anderen Sinn kann dieses Wort nicht haben), so problematisch.

Die „Lehren der Geschichte“, wie sie sich dem Verf. darstellen, sind im wesentlichen „Geopolitik“, die der Kritik nicht standhält. Im Zusammenhang mit dem Thema von einem historischen „amerikanisch-russischen Dualismus“ zu sprechen, den er bis in das frühe 19. Jahrhundert zurückverfolgt, wirkt dogmatisch und ist schon deshalb fraglich, weil beide Mächte auf den Höhepunkten der Weltpolitik oder auch auf ihrem Tiefstand, wenn man so will, in den zwei Weltkriegen, eine Einheitsfront gebildet haben. Die heutige Teilung der Welt ist zweifellos ideologischen Ursprungs. Sie resultiert aus der kommunistischen Weltherrschaftspolitik. Strittig kann nur das Datum sein. Begann es 1946, 1941, 1939, 1933 oder 1917?

Julius Gumpert, Berlin

Fritz Croner: Soziologie der Angestellten. Köln-Berlin 1962. Kiepenheuer & Witsch Verlag. 309 S.

Fritz Croner ist neben Lederer Pionier auf dem Gebiete der Angestelltenproblematik. „Soziologie der Angestellten“ ist eines der um-

fassenden Werke auf diesem Gebiet. Es beschränkt sich nicht darauf, spezifische Angestelltenfragen zu untersuchen, sondern stellt die Einzelprobleme in den Gesamtzusammenhang der modernen Gesellschaft. Bei Beantwortung der Frage „Was ist ein Angestellter“ legt Croner für die gegenwärtige Situation das Schwergewicht auf die Karrierechancen. „Die qualifizierte Berufsausbildung auf mittleren und höheren Berufsschulen (einschließlich der Universitäten) wird mehr und mehr zu einer Grundbedingung für die Angestelltentätigkeiten über dem Routinelevel.“ „Hier genügt es festzustellen, daß sich damit nichts Prinzipielles am soziologischen Status der Angestellten geändert hat. Geändert haben sich lediglich die Anforderungen für die Bewältigungen der Angestelltenaufgaben. Die Karrierechance besteht nach wie vor für den, der sie ergreifen will“ (S. 153).

Hier sieht Croner auch am ehesten Abgrenzungsmöglichkeiten zwischen Arbeitern und Angestellten. „Auch ein Arbeiter hat natürlich Avancementsmöglichkeiten: ein ungelernter Arbeiter kann angelerner oder gelernter Arbeiter werden, er kann in jeder dieser Stellungen mit steigender Erfahrung und Geschicklichkeit in gewissen Grenzen sein Einkommen erhöhen, er kann eventuell Vorarbeiter werden. Diese Karrierechancen sind aber nicht nur sehr begrenzt, sind sie auch zeitlich so determiniert, daß der Höhepunkt der Laufbahn, die in aller Regel sich lediglich als eine Verbesserung des Einkommens darstellt, ziemlich früh erreicht wird. Danach verläuft dann die Kurve flach. Das ist ein grundlegender Unterschied zur Entwicklung der Angestelltenlaufbahn, der konstitutiv für die gesamte soziale Situation der beiden Gruppen der Arbeitnehmerschaft ist“ (S. 153—154).

Im selben Sinne hat sich Croner ausgesprochen bei der Internationalen Tagung der Sozialakademie Dortmund 1960: „Der soziologisch relevante Faktor, der die Unterscheidung zwischen Angestellten und Arbeitern notwendig macht, ist die Verschiedenheit der ‚Lebenschancen‘, der Chancen der Angestellten, auf ihrem Funktionsgebiet Karriere zu machen¹.“

Nach der überwiegenden Auffassung bei der erwähnten Tagung kann die von Croner entwickelte Funktionstheorie heute nicht mehr zu einer befriedigenden Abgrenzung zwischen Arbeitern und Angestellten führen. Croner erhält aber gerade aus der Praxis der Gewerkschaftsbewegung manche Unterstützung für seine Funktionstheorie. Ernst Lakenbacher weist in einem Aufsatz² auf die Funktionstheorie in der österreichischen Angestelltenbewegung hin. Diese war schon vor dem Ersten Weltkrieg vor die Notwendigkeit gestellt, die soziale Position der Angestellten zu klären. Hierbei war die funktionelle Auffassung der Angestelltenposition für die freien Angestell-

¹ In: Hans Bayer: Der Angestellte zwischen Arbeiterschaft und Management. Berlin 1961. S. 137.

² Ernst Lakenbacher: Nicht besser, sondern anders. In: Arbeit und Wirtschaft. Februar 1963. S. 2.

tengewerkschaften charakteristisch. „In der österreichischen Angestellten-Gewerkschaftsbewegung fanden die Theorien Croners einen wohlvorbereiteten Boden vor; sie wurden willig aufgegriffen“ (S. 5).

Die Theorie Croners, die keineswegs unwidersprochen ist, wird durch das Gefühl der Angestellten unterstützt, nicht Arbeiter zu sein. Hierin sieht z. B. *Lockwood* das wesentliche Merkmal: „Wenn die Weißen-Kragen-Arbeiter ein Gefühl für Klassenbewußtsein haben, dann ist es nicht deswegen, weil sie Weiße-Kragen-Arbeiter sind, sondern weil sie nichtmanuell tätige Arbeiter sind. Die Situation der nichtmanuellen Tätigkeit trennt und spaltet sie auf eine Masse von Individuen mit einem Minimum an Gemeinschaftsbewußtsein³.“

Wie immer man zu den Theorien Croners stehen mag, niemand, der sich mit den Angestelltenfragen befaßt, kann sich einer Auseinandersetzung mit dem grundlegenden Werk Croners entziehen.

Hans Bayer, Dortmund

Per Jacobsson: Die Marktwirtschaft in der Welt von heute (Recht und Staat in Geschichte und Gegenwart, Heft 263/264). Tübingen 1962. Verlag J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). 77 S.

Wer jemals wirtschaftspolitische Ausführungen des vor kurzem verstorbenen IWF-Generaldirektors Per Jacobsson zur Kenntnis nehmen konnte, seien es Reden, Aufsätze oder Diskussionsbeiträge, dem ist sofort klar, wenn ihm eine Stellungnahme Jacobssons zur Frage der Marktwirtschaft vorgelegt wird, daß ihn ein nachdrückliches Plädoyer zugunsten der Marktwirtschaft erwartet. Insofern birgt auch der Vortragszyklus, der unter dem Titel „Die Marktwirtschaft in der Welt von heute“ veröffentlicht worden ist, keine Überraschung. Dagegen fragt es sich, ob es sehr glücklich war, diese Vorlesungen, die Jacobsson 1961 vor der American Philosophical Society gehalten hat — sie erschienen schon in der englischen Fassung unter dem Titel „The Market Economy in the World of Today“ — unter einer solchen globalen und schwergewichtigen, ja fast grundsatzträchtigen Überschrift zu publizieren; denn im Grunde nimmt Jacobsson innerhalb seines vierteiligen Vorlesungszyklus nur im ersten Abschnitt „Die allgemeine Struktur der Marktwirtschaft“ konkret Stellung zu der Problematik eines marktwirtschaftlichen Systems in der heutigen Zeit. In den drei anderen Abschnitten wird unter den Überschriften „Das monetäre System“, „Konjunkturschwankungen“ und „Internationale Finanzen“ im wesentlichen nur die konjunkturelle und monetäre Entwicklung der westlichen Welt in der Zeitspanne der letzten 70 Jahre diagnostiziert; das allerdings im Stile jener präzisen und instruktiven Analysen und Situationsberichte, wie sie beispielsweise auch in den Veröffentlichungen der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) zu finden sind, deren langjähriger und hervorragender Mitarbeiter P. Jacobsson gewesen ist.

³ David Lockwood in: *Bayer. a.a.O.* S. 155.

Während in diesen Kapiteln die Bezüge zum Generalthema also nur mühsam herzustellen sind, versucht Jacobsson im ersten Kapitel sehr eingehend nachzuweisen, daß das System der freien Marktwirtschaft in einer sozial entschärften Ausprägung auch in der heutigen Zeit unter den gegebenen politischen Bedingungen nicht nur Bestand hat, sondern auch nach wie vor die erstrebenswerteste Ordnung für den Weg „zum Fortschritt und zur Freiheit“ darstellt. Auf drei Fragen konzentrieren sich dabei seine Gedankengänge: Erstens: Ist der Wettbewerb frei genug, um den Märkten Funktionsfähigkeit zu sichern? Zweitens: Unter welchen Bedingungen kann der moderne Wohlfahrtsstaat mit dem Marktsystem vereinbart werden? Drittens: In welchem Ausmaß benötigt ein Marktsystem Leitung und Planung?

So sehr man auch geneigt sein möchte, in Jacobsson mitunter einen Theoretiker zu sehen, in erster Linie war er doch wohl politisch engagierter Praktiker; jedenfalls läßt sich nur so seine eigenartige „Beweis“führung verstehen. Er argumentiert nicht mit Beweisen, die aus einem geschlossenen theoretischen System abgeleitet sind, sondern er hantiert zur Hervorhebung der Vorzüge eines marktwirtschaftlichen Systems mit vorläufig noch unbewiesenen Behauptungen, etwa des Inhalts, Egalität könne zu einem Absinken des Lebensstandards führen, Länder mit freiem Unternehmergeist würden wirtschaftlich am besten fahren, ein besserer Lebensstandard würde durch ein funktionsfähiges Marktsystem erreicht usw., und wo die Wirklichkeit allzu kraß den marktwirtschaftlichen Prinzipien widerspricht, setzt er einfach eine Norm, nach welcher sich die wirkenden Kräfte richten sollen, damit das von der marktwirtschaftlichen Ordnung erstrebte wirtschaftliche Optimum nicht gefährdet wird. Formulierungen wie „Die Erfordernisse der sozialen Verantwortlichkeit (werden) zu Recht anerkannt“ beweisen, daß Jacobsson seine Maßstäbe zur Beurteilung unseres heutigen Wirtschaftssystems „jenseits von Angebot und Nachfrage“ bezieht. Das Fehlen einer Lohnflexibilität nach unten ignoriert er, wodurch seine Argumentation etwas lückenhaft wird, zumal diese fehlende Lohnflexibilität nicht einfach als ein zufälliger Mangel eines an sich gut funktionierenden Systems abgetan werden kann, sondern als ein bestimmendes Element unseres heutigen Wirtschaftslebens angesehen werden muß.

In dem folgenden Kapitel beschreibt Jacobsson die Entwicklung des internationalen Währungssystems, wie sie sich vom Anfang des vergangenen Jahrhunderts bis heute vollzogen hat. Hier findet sich übrigens auch seine so umstrittene Äußerung vom Ende der Inflationen in allerdings etwas abgemilderter Formulierung wieder, daß nämlich „schleichende Inflationen von Bedeutung für die nächsten Jahre nicht zu erwarten sind“. (Immerhin müssen auch die Kritiker dieser Propheteiung Jacobsson konzedieren, daß er sich in ähnlichen, eklatant von allen anderen Meinungen abweichenden Prognosen nicht geirrt hat, wie K. R. Bopp, der Präsident der Federal Reserve Bank of Philadelphia, in dem Vorwort zu diesem Bändchen hervorhebt.) Der

Bogen seiner Gedankengänge spannt sich im weiteren Verlauf seiner Vorlesungen nach einem vorgeschalteten konjunkturtheoretischen Exkurs über die Darstellung der Konjunkturschwankungen der letzten 60—70 Jahre bis schließlich zu den aktuellen Problemen der internationalen Liquidität. In diesen Erörterungen offenbart sich Jacobson als ein scharfer Beobachter und glänzender Interpret gesamtwirtschaftlicher Phänomene, wobei von ihm die güterwirtschaftlichen und die monetären Aspekte gleichermaßen eingehend berücksichtigt werden.

Kurt Bienert, Köln

Kurt Leo Shell: The Transformation of Austrian Socialism. Albany, N.Y. 1962. State University Press. 305 S.

Wenn man die lange Liste von anglo-amerikanischen Autoren durchsieht, die sich mit dem einen oder anderen Aspekt der Geschichte Österreichs beschäftigt haben — man denke an die Wickham Steed, Seton Watson, A. J. P. Taylor, C. A. McCarty, Charles Gulick, Robert Kann, Z. A. B. Zeman usw. —, ist man versucht zu sagen, daß die österreichische Geschichte wohl in Österreich gemacht, aber in Amerika oder England geschrieben wird. Ein neuer Ausdruck dieses offenbar niemals erlahmenden Interesses an der österreichischen Geschichte ist das vorliegende Buch des Amerikaners Kurt L. Shell. Die Arbeit Shells knüpft an das monumentale Werk von Charles Gulick an. Auch in diesem Fall haben wir es mit einem Versuch zu tun, den mannigfachen Wechselbeziehungen zwischen der großen sozialistischen Bewegung Österreichs und den anderen gesellschaftlichen Strömungen dieses Landes gerecht zu werden.

Das Buch von Gulick war ein überaus ambitioniertes Unterfangen. Wiewohl der österreichische Sozialismus der eigentliche Héros dieser Untersuchung war, widmete der Autor den Nebenakteuren ein fast ebenso großes Maß an Aufmerksamkeit. Aber darüber hinaus stellte Gulick die Personen der Tragödie in den Rahmen eines Geschehens, das die zwei denkwürdigen Jahrzehnte umfaßt, die mit dem Untergang der Monarchie beginnen und mit der Auslöschung der staatlichen Existenz Österreichs ihren Abschluß finden. Wir haben es also bei Gulicks „Austria from Habsburg to Hitler“ mit der Analyse einer ganzen geschichtlichen Epoche zu tun.

Die Arbeit von Shell ist wesentlich bescheidener konzipiert. Shell gibt uns eine Bestandsaufnahme des österreichischen Sozialismus in der Frühzeit der Zweiten Republik. Es ist wohl richtig, daß Shell sich auch mit einigen Erscheinungen aus der jüngsten Vergangenheit beschäftigt (z. B. mit dem Parteiprogramm aus dem Jahre 1958), aber seine Analyse geht im wesentlichen nicht über das Jahr 1953 hinaus. Die Arbeit von Shell kann man daher am besten als eine Art geistesgeschichtlicher Zwischenbilanz charakterisieren, die notwendigerweise einen provisorischen und unfertigen Charakter tragen muß. Shell legt sich — im Gegensatz zu Gulick — zwei weitere Beschränkungen auf. Er verzichtet so gut wie völlig auf eine Charakterisierung der Neben-

akteure der Handlung und vermittelt dem Leser nur die notdürftigsten Eindrücke von der allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Entwicklung. Der Vollständigkeit wegen sei noch hinzugefügt, daß er sich fast ausschließlich auf sozialistische Quellen stützt, wodurch das Werk — bedauerlicher- und unnötigerweise — das Gepräge einer sozialistischen Familienauseinandersetzung erhält. Man wird wohl eingehend darüber informiert, wie die Linkssozialisten die Rechtssozialisten beurteilen und umgekehrt, aber man erfährt herzlich wenig darüber, wie etwa Katholiken, Liberale usw. die ideologischen Wandlungen der Sozialistischen Partei sehen. Es wäre insbesondere der Mühe wert gewesen, die Meinungen der prominenten Mitarbeiter der linkskatholischen Wiener „Furche“ festzuhalten.

Die Hauptthese des vorliegenden Werkes kann man in der folgenden Weise zusammenfassen: Die Politik der Sozialistischen Partei Österreichs war in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen im wesentlichen von den Lehren des Marxismus inspiriert. Shell sieht insbesondere das Linzer Programm vom Jahre 1926 als das klassische Dokument einer den Prinzipien des Klassenkampfes verschriebenen Partei. Von der These Gulicks, daß die österreichischen Sozialdemokraten in der Phrase revolutionär, aber in der Praxis revisionistisch eingestellt waren, distanziert sich Shell recht nachdrücklich. Da er auf der anderen Seite den Marxismus als eine recht zweideutige Lehre auffaßt, mit der fast jede praktische Handlungsweise legitimiert werden kann, ist mit dem Hinweis auf den marxistischen Charakter der Sozialdemokratischen Partei in der Vorkriegszeit nicht allzu viel gewonnen. In Parenthese mag vermerkt werden, daß man den peinlichen Eindruck nicht los wird, daß die Bekanntschaft Shells mit den Klassikern des Marxismus eine überaus lockere ist.

Im Gegensatz zur Zwischenkriegsperiode ist die Sozialistische Partei in der Nachkriegszeit durch eine praktizistische, jeder klaren ideologischen Bindung abholde Orientierung charakterisiert. Shell verweist in diesem Zusammenhang auf das Parteiprogramm aus dem Jahre 1958, das seiner Meinung nach den Bruch mit der marxistischen Überlieferung am deutlichsten widerspiegelt.

Nun ist es richtig, daß das Parteiprogramm ein uneingeschränktes Bekenntnis zur Demokratie ablegt, und dies in einer Form, wie sie wahrscheinlich von dem Verfasser der Kritik am Gothaer Programm kaum gebilligt worden wäre. Auf der anderen Seite wird auch in diesem Dokument die gegenwärtige Gesellschaftsordnung als ein auf der Ausbeutung des arbeitenden Menschen begründetes System angeprangert, und es wird darüber hinaus das Fernziel einer klassenlosen Gesellschaft anvisiert.

Man kann sich natürlich auf den Standpunkt stellen, wie dies Shell tut, daß die tägliche Praxis der führenden Männer der Sozialistischen Partei Österreichs wenig von den Visionen einer klassenlosen Gesellschaft bestimmt wird. Die Fragen der Verwaltung, der Wirtschafts- und Sozialpolitik nehmen in der Tat das Denken der Führungselite

des österreichischen Sozialismus in einem solchen Maße in Anspruch, daß ihr darüber wenig Zeit für die „Metaphysik“ übrigbleibt. Sie hat vielleicht das *Engelssche Diktum* allzu ernst genommen, daß der Mensch zuerst essen und trinken müsse und dann erst philosophieren könne. Die Frage ist allerdings, ob sich, wie Shell anzunehmen scheint, keine Brücke schlagen läßt zwischen der Reformtätigkeit der Spitze und den auf das sozialistische Fernziel gerichteten Ambitionen vieler kleinerer Parteidienstleiter.

Wie die Diskussionen, die in der sozialistischen Parteipresse geführt werden, zeigen, gibt es jedenfalls einen recht stimmkräftigen „linken“ Flügel in der Partei, der der Ansicht zu sein scheint, daß man die Errungenschaften des Wohlfahrtsstaates nicht verneinen muß, aber in ihm dennoch nur eine Übergangsform auf dem Wege zur klassenlosen Gesellschaft sehen kann.

Die Möglichkeit, daß man die bestehende Gesellschaftsordnung immer mehr mit sozialistischem Inhalt ausfüllen könnte, hat im übrigen bereits Karl Marx für den Fall Englands konzediert. In der letzten Zeit mehren sich die Anzeichen dafür, daß auch die österreichische Parteidienstleiter eine solche „Schützengrabenstrategie“ für die gegenwärtigen geschichtlichen Etappe angemessene sozialistische Politik erachtet. Auch das Parteiprogramm des Jahres 1958 kann im Sinne eines solchen „grundsatztreuen“ Revisionismus interpretiert werden. Es mag sein, daß in dem Maße, als die bestehende Gesellschaftsordnung mit humanen Zügen ausgestattet wird, der Sozialismus viel von seinem starken emotionellen „appeal“ verliert. Shell ist in der Tat im Recht, wenn er von der Apathie und der Ideologiemüdigkeit im sozialistischen Lager spricht. Aber wie die jüngsten Vorgänge in Italien, Frankreich und England zeigen, wäre es vorschnell, von einer schrittweisen Verdrängung der sozialistischen Ideologie durch die Wohlfahrtsideologie zu sprechen. Bei den Wandlungen, die Shell beschreibt, mag es sich nur um Merkmale einer geschichtlichen Phase und nicht einer ganzen Epoche handeln.

Eduard März, Wien

Rolf Fricke: Grundlagen der Produktivitätstheorie. (Schriftenreihe zur Produktivitätsforschung des Volkswirtschaftlichen Instituts der Technischen Hochschule Karlsruhe.) Band I. Frankfurt am Main 1961. Vittorio Klostermann. 420 S.

Ausgangspunkt der Arbeit ist die Kritik an der bestehenden Produktivitätstheorie, die sich nach Ansicht des Verfassers zu sehr auf die Erörterung marktwirtschaftlicher Produktivitätsfragen beschränkt. Nach seiner Auffassung „... ist Produktion im weitesten Sinne jede bewußte Schaffung von Werten, die entweder mit technisch-naturwissenschaftlichen oder mit marktwirtschaftlichen oder mit haushaltswirtschaftlichen Mitteln erzeugt ... werden“ (S. 246). Da er alle diese Vorgänge mit einer einzigen Maßgröße erfassen wollte, mußte der Verfasser einen neuen, wesentlich weiteren Produktivitätsbegriff schaf-

fen. Da zudem nach seiner Auffassung „Produktivität . . . in jedem Falle ein Werturteil über die Qualität der Produktion“ darstellt (S. 15), mußte er Werturteile als bestimmende Größen in seine Theorie aufnehmen.

In einem ersten Teil werden „die geschichtlichen Voraussetzungen der Produktivitätstheorie“ erörtert, insbesondere „die Arbeitsteilung als Fundament der Produktivitätstheorie und als Ursache des Volkswohlstandes“; die Arbeitsteilung in der Form des technischen Fortschritts sieht der Verfasser als Kennzeichen der „säkularen Strukturwandlungen“ an, die die Grundlage einer neuen, „säkularen“ Produktivitätstheorie bilden sollen. Ehe diese vorgetragen wird, werden die bisher entwickelten Produktivitätsvorstellungen und -theorien im zweiten Teil kritisch beleuchtet, getrennt nach volkswirtschaftlichen, betriebswirtschaftlichen und technischen Produktivitätslehren; wichtigster Kritikpunkt ist die meist zu geringe Berücksichtigung der „haushaltswirtschaftlichen Produktivität“.

Dieser Begriff steht im Mittelpunkt des dritten Teils, der die als „das Fundament der ganzen Arbeit“ bezeichneten Kapitel 6 und 7 enthält; diesem Begriff werden die beiden schon vorhandenen Produktivitätsbegriffe untergeordnet. Der erste ist die technische Produktivität, „das Verhältnis von Mengenertrag und Mengenaufwand“ (S. 313); er entspricht weitgehend dem Sprachgebrauch von „Produktivität“. Die vom Verfasser als marktwirtschaftliche Produktivität bezeichnete Größe wird im allgemeinen als „Rentabilität“ bezeichnet: „das Verhältnis von marktwirtschaftlichem Ertrag und marktwirtschaftlichem Aufwand . . . als reine Geldgrößen“ (S. 320). Über diesen Begriffen steht in einer „eindeutigen Rangordnung“ die haushaltswirtschaftliche Produktivität, das „Verhältnis von haushaltswirtschaftlichem Ertrag zu haushaltswirtschaftlichem Aufwand“ (S. 326). Dabei versteht der Verfasser unter haushaltswirtschaftlichem Ertrag „die immaterielle Wertschöpfung, die sich in der Haushaltswirtschaft nachhaltig vollzieht, wobei in gleicher Weise die Bereiche der Sicherheit, der Gerechtigkeit, der Bildung und der sonstigen kulturellen Werte angesprochen werden“, und unter haushaltswirtschaftlichem Aufwand „jene vorwiegend materiellen Aufwendungen oder Kosten, die in Geldwert- oder in Gütermengeneinheiten meßbar sind“ (S. 326).

Die Schwierigkeiten, die sich einer solchen Begriffsbildung entgegenstellen, kommen gerade hier zum Ausdruck; der Verfasser gesteht zu, daß bei der so definierten haushaltswirtschaftlichen Produktivität „. . . Aufwand und Ertrag großenteils in wesensverschiedenen Ebenen liegen, die in sich selbst nicht verrechenbar sind“ (S. 326). Wenn das aber der Fall ist, und ähnliches gesteht er für die technische Produktivität zu (S. 327), wozu soll dann die Bildung eines einheitlichen Produktivitätsbegriffs dienen? Wenn expressis verbis für beide Größen einer Meßzahl andere Maßsysteme angegeben werden und für die Definition der anderen beiden Meßzahlen nochmals andere Systeme, wie soll dann die „volkswirtschaftliche Gesamt-

produktivität als säkulares Optimum und als Kombination wesensverschiedener Teilproduktivitäten“ (S. 360) aussehen?

Das eigentliche Anliegen des Verfassers ist leicht zu erkennen: Er sieht verschiedene Tätigkeiten, die der Mensch einzeln oder im Verband ausführt, von denen sich die Wirtschaftswissenschaft einige wenige als Forschungsobjekt herausgesucht hat. Viele andere, so die Bedürfnisbefriedigung innerhalb des Haushalts durch dort erstellte Leistungen, vor allem aber die ‚Produktion‘ des Staates „nicht nur als Träger der Konjunkturpolitik, sondern auch als Hüter der sozialen Gerechtigkeit und als zentraler Pfleger der Kultur“ (S. 18), sieht er als vernachlässigt an. Mit dieser Auffassung steht er nicht allein; auch bei *Galbraith* z. B. finden sich ähnliche Gedankengänge, die zumeist dem Unbehagen an der Überbewertung der materiellen Produktion entspringen. Das schwierige Problem einer Abstimmung aller öffentlichen und privaten Tätigkeiten und einer Ordnung der divergierenden Zielvorstellungen kann man aber sicherlich nicht dadurch lösen, daß man einen Gesamtbegriff „Produktivität“ schafft, in dem alle Probleme als „unterstufige Produktivitäten“ enthalten und in eine willkürliche Ordnung gebracht werden sind. Das bedeutet nichts anderes, als dem Problem einen anderen Namen zu geben; der Lösung kommt es damit nicht näher.

Das Buch ist der Versuch, ziemlich alle welfare-theoretischen Probleme ohne Rücksicht auf die bestehenden Versuche dieser Art (S. 120 ff. ist nur ein unvollkommener Abriß) auf einen Schlag zu lösen. Allerdings wäre „gerade die Herausstellung des Welfare . . . der Ansatzpunkt gewesen, um auch den immateriellen haushaltswirtschaftlichen Bereich der ökonomischen Theorie und Forschung zugänglich zu machen“ (S. 121). Wenn man dann aber die Grundlage der Wertfreiheit verläßt, wie der Verfasser es fordert, erhebt sich sofort die Frage, wer werten soll. Wer bestimmt, was „Zersetzungerscheinungen im gesellschaftlichen Oberbau“ sind oder „wie gefährlich der übersteigerte materielle Wohlstand“ in einer Kultur ist? Entweder nimmt man an, daß das Parlament diese Wertung vornimmt; dann bleibt wenig zu tun, da ex definitione in einer funktionierenden Demokratie immer die „richtige“ Wertehierarchie besteht. Oder jeder einzelne macht sich seine subjektive Werteskala deutlich und versucht sie durchzusetzen; das aber dürfte nach heutigem durchgehenden Sprachgebrauch nicht mehr unter den Begriff „Wissenschaft“ fallen.

Zu Beginn stellt der Verfasser die Forderung auf, „die Messung aller wesentlichen Produktivitäten [müsse] . . . das Generalziel der Produktivitätsforschung sein“ (S. 14 f.). Wie allerdings diese „Messung“ etwas anders sein soll als eine Aufzählung nicht nachprüfbarer Werturteile, denen man bei nur etwas anderer Ausgangsposition beliebig viele andere Postulate gegenüberstellen kann, ist auch dieser Arbeit nicht zu entnehmen.

Horst Zimmermann, Köln

Max J. Wasserman, Charles W. Hultman: *Modern International Economics. A Balance of Payments Approach.* New York 1962. Simmons-Boardman Publishing Corporation. X, 494 S.

Die Außenwirtschaftslehre gehört nicht gerade zu den Sachgebieten, in die der Student der Nationalökonomie sofort zu Beginn seines Studiums ohne Schwierigkeiten eindringen kann. Denn es handelt sich dabei um einen Gegenstand, der ebenso wie die klinische Medizin den Fortgeschrittenen voraussetzt. Trotzdem kann es nützlich sein, schon als Anfänger ein Textbuch zur Hand zu nehmen, wie es die Verfasser Max J. Wasserman und Charles W. Hultman vorlegen, ein Buch, das ausdrücklich als Einführung gedacht ist und auch den interessierten Laien anregen soll. Es legt besonderen Wert auf verständliche Darstellung und berücksichtigt die pädagogischen Erfordernisse in höherem Grade, als dies von vielen europäischen Lehrbüchern gesagt werden kann.

Das Besondere dieser Einführung liegt darin, daß sie die Probleme der Zahlungsbilanz stark in den Vordergrund rückt, während die allgemeine Gleichgewichtstheorie des Außenhandels demgegenüber vergleichsweise knapp behandelt wird. Die sehr breite und auf die amerikanischen Verhältnisse zugeschnittene Darstellung der einzelnen Zahlungsbilanzposten bietet viel wissenswertes Zahlenwerk mit entsprechenden Deutungen. Die Deutungen halten sich überwiegend im Rahmen dessen, was als allgemein anerkannte Lehrmeinung gelten kann.

Erfreulich ist die mehrfach durchklingende Skepsis der Verfasser gegenüber den Palliativmitteln der Devisenpolitik, wie sie nunmehr in größerem Umfang auf die amerikanische Zahlungsbilanz angewandt werden sollen. Freilich waren die neuesten Vorschläge des amerikanischen Präsidenten zur Manipulation der Kapitalströme bei Erscheinen des Buches noch nicht bekannt.

Problematisch erscheint dem europäischen Leser die von den Verfassern nicht weiter in Frage gestellte Neigung, die kurzfristigen Gutshaben von Ausländern in Amerika in die Berechnung eines sogenannten amerikanischen „Zahlungsbilanzdefizits“ einzubeziehen. Es offenbart sich darin die auch im Triffin-Plan sehr typisch hervortretende Neigung vieler amerikanischer Nationalökonomien, ihr Land als einen Bankier wider Willen zu betrachten, der ausländisches Geld nur mit schlechtem volkswirtschaftlichem Gewissen als Einlage zulassen möchte (die New Yorker Großbanken dürften freilich privatwirtschaftlich ganz anderer Meinung sein). Hier ist der dolus eventualis nicht gering einzuschätzen, daß man sich aus Gründen der inneren Konjunkturpolitik der Pflicht des Weltbankiers zu besonderer währungspolitischer Solidität entziehen möchte. In der Tat sind diese Gelder für die amerikanische Zahlungsbilanz dann eine Gefahr, wenn sie bei einem Vertrauenschwund plötzlich abgezogen werden, aber das bedeutet keine aktuelle, sondern nur eine potentielle Gefahr, wie sie jede Bank ohne Schwierigkeiten erträgt, solange sie in ihrer Kreditpolitik

vertrauenswürdig bleibt. Viele Pläne zur Reform des internationalen Währungssystems scheinen darauf hinauszulaufen, der amerikanischen Volkswirtschaft die Vorteile ausländischer Einlagen ohne die Verpflichtungen zur monetären Disziplin zu verschaffen. Daß jedoch die ausländischen nominell kurzfristigen Einlagen die amerikanische Devisenpolitik zunächst erleichtern und nicht erschweren, ist im Grunde kaum zweifelhaft, denn im Umfange dieser Zahlungen erhält Amerika von der übrigen Welt Kredit.

Der in aller Kürze gebotene Überblick über die klassische Handelstheorie und die Theorie des Außenhandelsmultiplikators zeichnet sich durch Klarheit aus und beweist das darstellerische Geschick der Verfasser in besonderem Maße. Demgegenüber scheinen die graphischen Darstellungen der Zollwirkungen weniger glücklich, zumal sie das Zustandekommen eines ausländischen Angebotes aus den im Ausland gegebenen Angebots- und Nachfragekurven nicht berücksichtigen. Die Meinung, die auf S. 373 und 375 zum Vorschein kommt, daß die Inlandsproduktion einer Ware nach Gewährung eines Zollschatzes zurückgeht, ist nicht haltbar, auch nicht bei der von den Verfassern angenommenen Angebotsfunktion. Es wird auch keine Bedingung angegeben, etwa eine inländische, dem Zoll entsprechende Verbrauchssteuer, auf die dieses seltsame Ergebnis zurückzuführen wäre.

Das Buch unterrichtet im übrigen nahezu lückenlos über die internationalen Wirtschaftsorganisationen aller Art und über die Einstellung der amerikanischen Politik zu ihnen, ferner über viele praktische Fragen der Außenwirtschaftspolitik. Viele Kapitel werden mit historischen oder dogmengeschichtlichen Betrachtungen eingeleitet; zu jedem Abschnitt ist ein Literaturkanon mit weiterführenden Schriften hinzugefügt.

In mancher Hinsicht wird der Stil des Buches durch einen Satz gekennzeichnet, der sich schon am Anfang (S. 8) findet: „The distinction between scientific and hypothetical theory is important because it marks the frontier between positive knowledge on the one hand and belief on the other.“ Als „scientific“ soll eine auf Fakten ruhende Theorie gelten, wobei als Fakten anscheinend statistisches und institutionelles Material gedacht sind, mit denen zahlreiche Seiten des Buches gefüllt wurden. Dieser Geist scheint mit dem Geist der deutschen historischen Schule entfernt verwandt zu sein, und in der Tat tritt die hypothetische Theorie stark gegenüber der empirisch-pragmatischen Seite des vorliegenden Werkes zurück. Freilich — und das können auch die Verfasser nicht ändern — ist alles theoretische Rüstzeug in ihrem Buche ein Ergebnis hypothetischer Theorie, eine andere Art von Wirtschaftstheorie gibt es nämlich nicht. Die Kunst des Ökonomen besteht jedoch darin, für gegebene Tatsachen die jeweils richtige hypothetische Theorie zu finden, und dies ist eine Aufgabe, vor der sich viele in abstrakte Modellbildnerei flüchten. Das wollten die Verfasser vermeiden. Aber auch die gegenüberliegende Gefahr des reinen Empirismus scheint neuerdings allgemein anzuwachsen.

Im ganzen erfährt der Leser aus diesem Buch vor allem Tatsachen, verbunden mit theoretischen Erklärungen, die allerdings stark ergänzungsbedürftig sind, wie es bei einer Einführung nicht anders erwartet werden kann. Bei allem Realismus und Pragmatismus, wie er der amerikanischen Mentalität ja überhaupt liegt, kommen die Grundsätze jedoch nicht zu kurz, ja es schimmert an vielen Stellen sogar jener liebenswürdige prinzipielle Optimismus der Amerikaner hindurch, von dem die amerikanische Hilfsbereitschaft in aller Welt getragen ist, der aber auch manchem leidgeprüften Europäer gefährlich vorkommt. Mancher wird zum Beispiel die auf Seite 5 geäußerte Hoffnung für trügerisch halten, die totalitären Regime der Gegenwart könnten durch wirtschaftlichen Wohlstand zu größerer Friedfertigkeit gebracht werden.

Hans Willgerodt, Köln

Louis J. Zimmerman: Arme und reiche Länder. Aus dem Niederländischen übertragen v. Wilhelm Hankel. Köln 1963. Bund Verlag. 199 S.

Zimmerman legt in seinem Buch in überarbeiteter Form einen Teil seiner Vorlesungen am Institute for Social Studies in Den Haag vor. Unter Heranziehung einer Fülle statistischen Materials und eines reichhaltigen internationalen Schrifttums analysiert der Autor die wachsende Disparität in der Verteilung des Welteinkommens. Betrug der sogenannte Pareto-Koeffizient des Welteinkommens um 1860 noch 1,5, so sank er zwischen 1913 und 1929 auf 1,0 und beträgt z. Z. etwa 0,7. Wenn dieser Trend anhält, scheint eine Verschärfung der Spannungen zwischen den armen und den reichen Ländern unvermeidlich zu sein.

Das vorhandene statistische Material deutet darauf hin, daß seit Anfang des 20. Jahrhunderts in weiten Regionen des Nahen Ostens, Chinas und Südostasiens ein „malthusianisches Armutsgleichgewicht“ (*Leibenstein*) besteht, bei dem sich die Zuwachsrate des verfügbaren Arbeitskräfteangebots und des Angebots an komplementären Produktionsmitteln gerade entsprechen, mit dem Ergebnis, daß weder Arbeitsproduktivität noch Pro-Kopf-Einkommen nachhaltig steigen. Eine Aufhebung dieses Armutsgleichgewichts ist nur möglich, wenn das Bevölkerungswachstum eines Landes von einer entsprechenden Zunahme des Kapitaleinsatzes je Arbeiter begleitet wird.

Gerade in den armen Regionen der Welt hat das Bevölkerungswachstum nach dem zweiten Weltkrieg außerordentlich stark zugenommen, so daß auch dort, wo es gelang, die Kapitalbildung nachhaltig zu steigern, das Pro-Kopf-Einkommen dennoch nahezu stagnierte. Heute liegt das Pro-Kopf-Einkommen der USA etwa dreißigmal über dem der ärmsten Regionen, das Pro-Kopf-Einkommen Nordwesteuropas etwa fünfmal über dem des Nahen Ostens.

Einer regionalen Einkommensnivellierung stehen selbst innerhalb des gleichen Landes zahlreiche Kräfte entgegen. Um so weniger stellt sich innerhalb weiträumiger Wirtschaftsgebiete ein freier Austausch von Kapital und Arbeit ein. Die fundamentalen Unterschiede haben,

wie Zimmerman betont, keinerlei Neigung, aus sich heraus zu verschwinden und einem allgemeinen Gleichgewicht zu weichen.

Mit Nachdruck tritt Zimmerman der These entgegen, daß „arme Länder deswegen arm seien, weil sie schon immer arm waren, und reiche Länder deshalb reich, weil sie bereits reich auf der Bildfläche erschienen. Der westeuropäische Lebensstandard lag in der Zeit, in der Karl Marx sein ‚Kapital‘ schrieb, sicher nicht über dem von Lateinamerika“ (S. 75).

Voraussetzung eines wirtschaftlichen Wachstums in den armen Ländern ist eine grundlegende Änderung der Wirtschaftsstruktur. An Hand einer Fülle statistischen Materials ermittelt Zimmerman eine Regressionsgleichung, welche angibt, in welchem Maße das Pro-Kopf-Einkommen steigt, wenn der Beschäftigungsanteil im Primärsektor (Urproduktion) zurückgeht. Der landwirtschaftliche Beschäftigungsanteil der USA z. B. betrug 1830 noch 71 %, sank bis 1870 auf 51 %, bis 1910 auf 32 % und betrug 1950 11,6 %. 1953 betrug er für den gesamten nordamerikanischen Wirtschaftsraum (einschließlich Kanadas) 12,7 % bei einem Pro-Kopf-Einkommen von 1810 Dollar, während Südostasien bei einem landwirtschaftlichen Bevölkerungsanteil von 72 % ein Pro-Kopf-Einkommen von 64 Dollar aufwies. Zimmerman errechnet für einen Rückgang des landwirtschaftlichen Bevölkerungsanteils um 1 % einen Zuwachs des Pro-Kopf-Einkommens in Höhe von durchschnittlich 0,54 % (S. 74).

Ein weiteres Kennzeichen der wirtschaftlichen Entwicklung der heute reichen Länder war eine wachsende Ungleichheit der Einkommensverteilung zwischen dem Primärsektor einerseits und dem Sekundär- und Tertiärsektor andererseits, welche so lange anhielt, bis mit der Hebung des allgemeinen Ausbildungsstandes auf Grund der gestiegenen Pro-Kopf-Einkommen ursprünglich hochqualifizierte Berufe wie der Kraftfahrer oder der Schreiber eine unendlich große Substitutionselastizität erhielten. Die zunehmend „demokratische“ Einkommensverteilung wurde schließlich auch noch dadurch verstärkt, daß die degressive indirekte Besteuerung tendenziell immer stärker durch eine progressive direkte Besteuerung abgelöst wurde.

Die meisten Entwicklungsländer befinden sich heute in der Phase der wachsenden Einkommensdisparitäten. So wurde z. B. für Peru bei einem Durchschnittseinkommen von 120 Dollar in den Jahren 1952 bis 1954 das Durchschnittseinkommen auf dem Lande, auf dem etwa neun Zehntel der Bevölkerung leben, mit nur 50 Dollar berechnet. Die daraus resultierenden sozialen Spannungen haben in den heutigen Entwicklungsländern meist unmittelbare politische Konsequenzen, wie sie in den westlichen Ländern und auch in Japan in den ersten Phasen der Industrialisierung nicht auftraten. „Arbeiterbewegungen und Gewerkschaften waren ein Luxus, den sich der jugendliche Industriekapitalismus nicht leisten konnte. Sie entstanden erst, nachdem der große Sprung im Investitionsprozentsatz von rund fünf auf zehn Prozent bereits geglückt war“ (S. 86).

Welches sind die Impulse, die eine Volkswirtschaft dazu brachten, ihre Spar- und Investitionsrate von 5 % auf 10 bis 15 % zu erhöhen? Noch vor 400 Jahren drangen die Seefahrer der westlichen Länder nach allen Himmelsrichtungen vor, „immer in dem Glauben, dort auf Völker zu stoßen, die reicher waren als sie selber. Und nach den zahlreichen Eintragungen in den Logbüchern jener Zeit fanden sie diese auch. Zwar waren die Armen jener Tage in den armen Ländern genauso arm wie die Armen in den westlichen Ländern, doch ihre Reichen waren sehr viel reicher“ (S. 133). Nach den damaligen Berechnungen von *Gregory King* betrug gegen Ende des 17. Jahrhunderts das englische und das holländische Pro-Kopf-Einkommen etwa 60 Dollar, das französische etwa 50 Dollar. Damit ist die These, „daß die armen Länder kein Kapital bilden können, weil sie arm sind. und daß sie arm bleiben, weil sie kein Kapital bilden können“ (S. 134), widerlegt.

Zimmerman zeigt an Hand der Beispiele England und Japan, daß das entscheidende Motiv dieser zu einem bestimmten Zeitpunkt einsetzenden wirtschaftlichen Dynamik die *Furcht vor einer Verschlechterung* der gegebenen Lebensbedingungen war, die Bedrohung durch neue endogene oder exogene Faktoren, nicht aber die Unzufriedenheit mit einem *bestehenden* niedrigen Lebensstandard. Die Herausforderung Englands im 17. Jahrhundert war der Holzmangel, der die Industrie dazu zwang, Holz durch Steinkohle zu ersetzen, was die Umwälzung in der Eisen- und Stahlerzeugung einleitete. Demgegenüber war in Japan ein exogener Faktor entscheidend: nach der Erzwingung des freien Zugangs nach Japan durch *Perry* im Jahre 1852 und nach den britisch-amerikanischen Bombardements von Shimonoseki und Kogoshima in den Jahren 1862 und 1863 wuchs die Furcht vor dem Verlust der politischen Selbständigkeit. In England wie in Japan wird der rasche Entwicklungsprozeß nicht allein durch die Existenz von Unternehmern erklärt. Der entscheidende Impuls ist vielmehr eine neue Bedrohung, welche solche Unternehmertalente — wie im Falle der japanischen Samurai — erst herausfordert.

Zimmerman weist darauf hin, daß bisher jede Durchbrechung traditioneller Wirtschaftsformen harte Opfer von den Bevölkerungen verlangt hat. Die Begeisterung für die damit verbundenen sozialen und wirtschaftlichen Umwälzungen war ursprünglich nirgendwo groß. Nicht selten waren die Erfolge in den Ländern besonders durchschlagend, die keine ausgeprägte soziale Demokratie kannten. Erst in den späteren Phasen der wirtschaftlichen Entwicklung steigt das Verbrauchs niveau spürbar an, wobei dann auch die Einkommensverteilung wieder zunehmend gleichmäßiger wird. Mit dem anhaltenden wirtschaftlichen Fortschritt treten an die Stelle genialer und schöpferischer Einzelleistungen planmäßige und kontinuierliche technische und wirtschaftliche Verbesserungen. Der Fortschritt wird determinierter, er wird zu einem sozialen Phänomen. Damit stellt sich in den reifen Ländern eine hohe, relativ konstante Wachstumsrate ein.

Die Entwicklungsländer werden nicht umhin kommen, die Voraussetzungen für wirtschaftlichen Fortschritt selbst zu schaffen. Da es neben technisch-wirtschaftlichen Problemen entscheidend um soziale und politische Fragen geht, werden nur starke Regierungen in der Lage sein, auch die erforderlichen unpopulären Maßnahmen durchzusetzen. Entwicklungshilfe kann diesen Prozeß nicht ersetzen, sondern immer nur ergänzen. Sie ist in den ersten Phasen bei der Schaffung einer tragfähigen Infrastruktur besonders wertvoll.

Noch wichtiger als die Vergabe von Krediten erscheint dem Autor jedoch die Bereitschaft der reichen Länder, den Entwicklungsländern die Möglichkeit zu geben, ihre Exportprodukte im freien Welthandel abzusetzen.

Den bedeutendsten Beitrag, den die reichen Länder leisten könnten, sieht Zimmerman in der Entwicklung einfach zu bedienender Maschinen und Werkzeuge, welche dem Kapitalmangel und dem Überschuß ungelernter Arbeitskräfte in den armen Ländern Rechnung tragen würden.

Dieter Weiss, Bonn

Douglas C. Hague (Hrsg.): Inflation. Proceedings of a Conference held by the International Economic Association. London 1962. Macmillan & Co. X, 510 S.

Der Sammelband enthält die Referate und zusammengefaßten Diskussionsbeiträge der Tagung der International Economic Association im Jahre 1959 in Elsinore. Die Anregung zum Thema „Inflation“ ging von Erik Lindahl aus, dem es leider nicht mehr vergönnt war, den Bericht über die von ihm geleitete Tagung herauszugeben.

Es referierten Émile James, Gottfried Haberler, J. C. R. Dow, G. Ugo Papi, Howard S. Ellis und Jürg Niehans zum Unterthema „The General Setting“; Erik Lindahl und Guy Arvidsson zu „Monetary Norms“; James S. Duesenberry, Erik Lundberg, Jacques Rueff, Fritz Neumark und M. W. Holtrop zu „Monetary and Fiscal Policies for Inflation“; Edward H. Chamberlin, Jørgen Pedersen und Bruno Suviranta zu „Inflation and the Trade Unions“; Paolo Baffi, Walter R. Gardner, Hans Möller und Robert Triffin zu „International Aspects of Inflation“ und schließlich Arthur W. Marget, Bronislaw Oyrzanowski und Eugenio Gudin zu „Inflation in Under-Developed and Socialist Countries“. Darauf folgt ein zusammenfassender Bericht über die Diskussionen und ein Register, das die zu den Einzelproblemen vorgetragenen Argumente leicht auffinden läßt. Dem Verfasser des Berichtes, Douglas C. Hague, ist es gelungen, dem Leser einen lebhaften Eindruck der Diskussionen zu vermitteln.

Es ist hier unmöglich, auf jedes Referat und die daran anschließenden Diskussionen einzugehen. Der Leser erhält einen ausgezeichneten Überblick über den derzeitigen Stand der Forschung auf dem Gebiete der Inflation, deren Erscheinungsformen und Wirkungen. Dies bedeutet aber auch, daß offenbar wird, in welchen Punkten noch unterschiedliche Auffassungen bestehen. So ist in den Referaten und

Diskussionen ein erheblicher Raum der Frage eingeräumt, wann eine Inflationstendenz von der Nachfrage- oder Kostenseite ausgeht.

Weiter besteht zwar Einigkeit darüber, daß die Inflation als ein Nachfrageüberschuß zu definieren ist, die Meinungen gehen aber auseinander bei der Frage, welche Preissteigerungen denn nun das Symptom für eine Inflation sind. Kann man schon von Inflation sprechen, wenn bei Produktivitätsfortschritten der Lebenshaltungskostenindex unverändert bleibt, die Nominaleinkommen aber steigen?

Soweit dieses Problem theoretisch gesehen wird, wird die Forderung vertreten, daß Produktivitätsfortschritte zu sinkenden Produktionspreisen führen sollten. Daraus folgt eine Währungspolitik mit dem Ziel, einen Preisindex der Produktionsfaktoren stabil zu halten. Sehr interessant ist die aus dieser Auffassung folgende Feststellung von *Dow*: „During the last twenty years the real rate of interest has been zero or even negative, and in no country is an expectation of continued inflation reflected at all fully in the price of debts“ (S. 48).

Haben die Referenten dagegen mehr die wirtschaftspolitischen Gesichtspunkte im Auge, insbesondere Rückwirkungen auf das Verhalten der Wirtschaftssubjekte infolge des Sinkens von Preisen, so neigen sie dazu, als Ziel der Währungspolitik eine Stabilität des Großhandels- oder Lebenshaltungskostenindex anzusehen und an den Veränderungen dieser Indices das Ausmaß der Inflation abzulesen. Dieser Auffassung sind *James*, *Papi*, *Ellis*, *Arvidsson*, *Duesenberry*, *Neumark*, *Chamberlin* und *Haberler*. (Vgl. dazu aber auch: *Gottfried Haberler*, Die Kaufkraft des Geldes und die Stabilisierung der Wirtschaft, im 55. Jg. [1931] dieser Zeitschrift.)

In diesem Zusammenhang ist das Referat von Erik *Lindahl* zum Thema: „The Problem of Fixing a Norm for the Value of Money“ sehr beachtenswert. Einleitend stellt *Lindahl* fest, daß in einer internationalen Währungsordnung mit festen Wechselkursen, die einzelnen Notenbanken die Kaufkraft ihrer Währungen nur beschränkt beeinflussen können. Kaufkraftänderungen des Dollars, der Währung der dominierenden Volkswirtschaft, lösen die Tendenz zu entsprechenden Kaufkraftänderungen bei den anderen Währungen aus. Empfiehlt man daher in der heutigen Situation eine bestimmte Währungspolitik, so richtet sich diese Empfehlung in erster Linie an die verantwortlichen Behörden der USA. Als Forderung stellt *Lindahl* auf: „In my opinion, this means establishing a balance between total saving and total investment ex ante at the highest level of employment.“

Er prüft dann die verschiedenen währungspolitischen Normen und kommt zu dem Ergebnis, daß — abgesehen von kurzfristigen Schwankungen — der Lebenshaltungskostenindex unverändert bleiben sollte mit einer Tendenz zum Sinken bei gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsfortschritten. *Lindahl* bekennt sich dabei zu der Forderung, daß die Produktpreise bei Produktivitätsfortschritten sinken sollten, meint aber, daß diese Forderung in der Praxis nicht wird durchgesetzt werden können, weil bei starken Produktivitätssteigerungen

die Preise erfahrungsgemäß eine starke Steigerungstendenz aufweisen. Die Norm ist also mit Rücksicht auf die Realisierbarkeit aufgestellt.

Sehr wesentlich ist nach *Lindahl*, daß die Norm, welche der Währungspolitik zugrunde liegt, öffentlich bekanntgemacht wird. Es kommt dabei weniger darauf an, wie diese Norm beschaffen ist, als vielmehr darauf, daß die Währungspolitik kontrolliert werden kann. Daher muß die Norm eindeutig definiert sein und darf nur eine Auslegung zulassen.

Eine Befolgung der Empfehlungen *Lindahls* gestattet es, die Kaufkraftänderungen des Geldes mit größerer Sicherheit zu antizipieren. Für die von Guy *Arvidsson* untersuchte Frage: „Should we have index loans?“ ist dies von Wichtigkeit. *Arvidsson* stellt eingangs fest, daß die Indexanleihen das Risiko unvorhergesehener Abweichungen von den antizipierten Geldwertänderungen eliminieren, was die Sparer mit einem Zinsabschlag honorieren werden. Darauf hinaus wird bei gleichzeitigem Angebot von Index- und Geldanleihen zu beobachten sein, daß die Zinsdifferenz zwischen beiden Anleiheformen der erwarteten Geldwertänderung entspricht. *Arvidsson* findet dann drei Gründe, warum es keinen Markt für Indexanleihen gibt, selbst dort, wo keinerlei gesetzliche Vorschriften dies verhindern: 1. Das Risiko unvorhergesehener Geldwertänderungen wird nicht als so schwerwiegend empfunden. 2. Es gibt institutionelle Hemmungen, wie beispielsweise die Besteuerung von Scheingewinnen, und 3. fehlt es an Wettbewerb auf den Kreditmärkten. Die Indexanleihen haben nach *Arvidsson* folgende Wirkungen: 1. Das Sparen erhöht sich nur dann, wenn die Indexanleihen eine Zinserhöhung induzieren, was nicht sicher ist. 2. Bei der Wirkung auf die Investitionen ist zwischen Investitionen aus Selbstfinanzierung und aus Fremdfinanzierung zu unterscheiden. Die Investitionen aus Selbstfinanzierung werden tendenziell geringer, weil die Indexanleihen eine Alternative zur Flucht in die Sachwerte bieten. Die Investitionen mit Hilfe der Fremdfinanzierung dagegen werden tendenziell zunehmen, weil die Eliminierung des Risikos unvorhergesehener Geldwertänderungen für den Schuldner in der Wirkung einer Zinssenkung gleichkommt. Es wäre sehr zu wünschen gewesen, wenn *Arvidsson* über die Andeutungen der Rolle des Realzinses bei den Investitionsplanungen hinausgegangen wäre. Gerade in diesem Kreise wäre es einer Untersuchung wert gewesen, inwieweit durch eine Geldillusion bei den Investoren — Planung der Investitionen zum Marktzins und nicht zum niedrigeren Realzins — das vertikale Gleichgewicht der Volkswirtschaften bei einer schlechenden Inflation gestört wird. Die weltweite Verbreitung der Wohnungsfrage läßt die Vermutung aufkommen, daß zinsempfindliche Investitionen durch eine Inflation zurückgedrängt werden. Vielleicht hätten sich dabei noch weit gewichtigere Argumente zur Verteidigung der Indexanleihen finden lassen.

Damit ist nur an einem Beispiel gezeigt, mit welcher Fülle von Problemen diese Tagung befaßt war und welche anregende Lektüre

der vorliegende Sammelband zu bieten vermag. Wenn der Leser diesen Band auch nicht mit fertigen Rezepten versehen aus der Hand legt, so ist er doch mit der Problematik vieler Fragen bekannt gemacht worden und konnte weiter den Vorzug genießen, die Diskussion hervorragender Gelehrter zu verfolgen. Kurt Lubasch, Berlin

Richard Andermatt: Restriktive Kreditpolitik als Mittel zur Wirtschaftsstabilisierung — unter besonderer Berücksichtigung der schweizerischen Verhältnisse 1950—1958. Winterthur 1962. Verlag P. G. Keller. XIV, 133 S.

Nach dem zweiten Weltkrieg waren in fast allen westlichen Industriestaaten die Preissteigerungen ein wesentliches Charakteristikum der wirtschaftlichen Entwicklung. Die Wirtschaftspolitik der meisten Länder hat versucht, diese Preissteigerungen wenigstens in bestimmten Grenzen zu halten, innerhalb derer sie nicht die allgemeinen Ziele der Wirtschafts- und Sozialpolitik ernsthaft gefährden konnten. Andererseits sind Maßnahmen gegen Preissteigerungen überall nur in solchem Ausmaße ergriffen worden, als dadurch nicht andere, den Politikern wichtiger erscheinende Ziele in Frage gestellt wurden. Die restriktive Kreditpolitik hat sich dabei häufig als eine Möglichkeit zur Stabilisierung angeboten.

Allein mit dieser speziellen Situation befaßt sich Andermatt in dem vorliegenden Buch über die restriktive Kreditpolitik als Mittel zur Wirtschaftsstabilisierung. Die Untersuchung kann somit keine allgemeine Geltung beanspruchen. Der Verfasser schränkt die Arbeit deshalb auch durch den Untertitel auf die besonderen schweizerischen Verhältnisse in den Jahren von 1950 bis 1958 ein. Das muß deutlich gesagt werden, weil die restriktive Kreditpolitik nicht die allgemeine konjunkturgerechte Kreditpolitik sein kann, die eine frühere, unter dem Einfluß der Keyneschen Theorie stehende Wirtschaftspolitik abzulösen hätte. Unter diesem einschränkenden Aspekt ist die Arbeit Andermatts gerechtfertigt und wertvoll, weil sie im ersten Teil einen Überblick über Notwendigkeit, Methoden, Voraussetzungen, Möglichkeiten und Hemmnisse der Wirtschaftsstabilisierung mittels restriktiver Kreditpolitik gibt und im zweiten Teil über die schweizerischen Erfahrungen von 1950 bis 1958 berichtet.

Dabei gibt der Verfasser eine gute Zusammenfassung des hinlänglich bekannten Schulwissens aus der Geld- und Kredittheorie und folgt nicht immer dem neuesten Stand der Erkenntnisse der Wirtschaftspolitik. Das sei an einigen Beispielen demonstriert. Andermatt meint in einer einleitenden Untersuchung über die Zinselastizität der Investitionen, die er zur Begründung seiner Untersuchung braucht, daß „die Bauinvestitionen in hohem Maße zinsempfindlich“ (S. 14) sind. Das war früher sicher richtig, gilt jedoch seit Jahren nicht mehr. Die meisten Baukredite werden von den Geschäftsbanken gegenwärtig mit Zinsgleitklauseln gegeben, die bestimmen, daß sich der vereinbarte Zinssatz während der Laufzeit des Kredits den Veränderungen des

jeweils geltenden Zinssatzes anzupassen hat. Für die bauwilligen Kreditnehmer ist es folglich gleichgültig, ob sie den Kredit in Zeiten kurzfristig hohen oder niedrigen Zinssatzes aufnehmen, wodurch die Bauinvestitionen zumindest ihre konjunkturelle Zinsempfindlichkeit verlieren. Diese Tatsache ist freilich nur noch eine zusätzliche Stütze für Andermatts These, daß eine wirksame restriktive Kreditpolitik gar nicht über eine Beschränkung der Kreditnachfrage durch den Zins, sondern nur durch eine Beschränkung der Geldmenge über das Kreditangebot geführt werden kann.

Die Notwendigkeit einer solchen restriktiven Kreditpolitik bei inflationären Preissteigerungen begründet der Verfasser mit dem fehlenden Sparen aus Arbeitnehmereinkommen. Ein vermehrtes Arbeitnehmersparen würde er als ideale Lösung des Inflationsproblems ansehen. Die Argumentation in einem logisch geschlossenen Modell zeigt leicht, daß das nur dann eine wünschenswerte Lösung sein kann, wenn dadurch nicht die vom Verfasser eingangs untersuchte Investitionsneigung der Unternehmer in unerwünschtem Maße beeinträchtigt wird. Im Falle der in jüngster Zeit genauer untersuchten cost-push-Inflation würde diese negative Wirkung des Arbeitnehmersparens aber überwiegen, und es kann also keineswegs als allgemeine Lösung des Inflationsproblems angesehen werden.

Bezüglich der Möglichkeit der Geldmengenbeschränkung über das Kreditangebot vertritt Andermatt einen sehr konservativen Optimismus. In den vergangenen Jahren ist die Zentralbank z. B. in der Bundesrepublik Deutschland in Situationen gekommen, in denen sie bei expansivem Unternehmerverhalten durch eine Geldmengenbeschränkung über das Kreditangebot nach Ansicht der Politiker ihre Pflicht verletzt hätte, die Wirtschaft ausreichend mit Geldmitteln zu versorgen. Selbst in den Fällen, in denen die Zentralbank eine vom Staat relativ unabhängige Stellung einnimmt, kann sie nun nicht eine dem Willen der Staatspolitik entgegengesetzte Wirtschaftspolitik treiben. Die Staatspolitik kennt aber eben — wie eingangs ausgeführt — noch andere, vielleicht höherstehende Ziele, die mit der Inflationsbekämpfung in Konflikt stehen. Welche Staatspolitik kann sich in einer Demokratie z. B. eine Wirtschaftspolitik leisten, die nicht auf Vollbeschäftigung ausgerichtet ist? Im Falle der schon zitierten cost-push-Inflation können aber Vollbeschäftigungspolitik und restriktive Kreditpolitik zur Preisstabilisierung sehr wohl Ziele sein, die einander ausschließen. In dieser Situation kann die Zentralbank einfach keine restriktive Kreditpolitik als Mittel zur Wirtschaftsstabilisierung treiben.

Der Verfasser weist auch selbst auf die Anforderungen an das Finanzgebaren des Staates im Gleichschritt mit einer restriktiven Kreditpolitik hin, die nach aller Erfahrung in dem Augenblick, in dem es darauf ankommt, politisch nicht durchsetzbar sind. — Das Dilemma, das der Kreditpolitik bei Konvertibilität und stabilen Wechselkursen daraus erwächst, daß jeder Versuch zur Restriktion schei-

tern muß und sogar expansiv wirken kann, wenn nicht eine internationale Abstimmung der Maßnahmen erfolgt, sieht der Verfasser ebenfalls selbst, mißt dem jedoch auf vier Druckseiten im Vergleich zur gegenwärtigen aktuellen wirtschaftspolitischen Bedeutung des Problems eine viel zu geringe Bedeutung bei. Sein Optimismus bezüglich einer internationalen Lösung erscheint wiederum angesichts der Lage sogar zwischen den Ländern der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und insbesondere der neuerlichen französischen Wirtschaftspolitik als ungerechtfertigt.

Während Andermatt so im ersten Teil des Buches gelegentlich neue Erkenntnisse der Wirtschaftspolitik unberücksichtigt läßt oder die Schwierigkeiten der wirtschaftspolitischen Wirklichkeit übergeht, gibt er im zweiten Teil einen vorzüglichen Überblick über die schweizerische Kredit- und Finanzpolitik in den Jahren von 1950 bis 1958, der demjenigen besonders wertvoll ist, der sich sonst die Fakten mühsam zusammensuchen müßte, weil er mit der schweizerischen Kreditpolitik nicht genügend vertraut ist.

Fritz Abb, Frankfurt

Ralph von Gersdorff: Saving, Credit and Insurance in Brazil. Barbados (Westind.) 1962. Barbados Government Printing Off. 250/XXVI S.

Dem Verfasser verdanken wir bereits eine Reihe von Veröffentlichungen über den volkswirtschaftlichen Sparprozeß in Portugal und den portugiesischen Besitzungen, die kurz nacheinander in den letzten vier Jahren erschienenen. v. Gersdorff darf inzwischen als Experte für Fragen vor allem des Versicherungswesens in der spanisch und portugiesisch sprechenden Welt gelten. Auch in seinem neuen Buch stehen Kapitalbildung und Sparprozeß im Vordergrund. Mit Recht, denn während für die älteren Industriestaaten die Verteilungsfrage eine immer größere Bedeutung erlangt, ist für die halbindustrialisierten Länder noch immer die Notwendigkeit eines hinreichenden volkswirtschaftlichen Sparvolumens das ökonomische Problem Nummer eins. So gesehen reiht sich die vorliegende Arbeit des Verfassers an bereits früher erschienene Studien folgerichtig an, und sie zeichnet sich auch durch die gleiche Sorgfalt aus. Derartige Untersuchungen (field-research) sind für die weitere wirtschaftswissenschaftliche Forschung von hohem Wert. Allein schon das Literaturverzeichnis mit seinen rund 500 Titeln bildet eine Fundgrube.

Der Verfasser behandelt auch die kleinsten und letzten Quellen volkswirtschaftlicher Sparmöglichkeiten, was noch einmal die Dringlichkeit beweist, in diesen Regionen alle erreichbaren Quellen auszuschöpfen. Nachprüfbar sind die umfangreichen Tabellen freilich nicht. Die Untersuchung entstand im Rahmen der praktischen Berater-tätigkeit des Verfassers innerhalb des technischen Hilfsprogramms der Vereinten Nationen. Vor allem die Theoretiker des wirtschaftlichen Wachstums sollten sie zur Kenntnis nehmen. Denn das institutionelle Moment beim langfristigen Spar-, Kredit- und Kapitalbil-dungsprozeß wird noch immer bei der theoretischen Erörterung wirt-

schaftlicher Entwicklung vernachlässigt. Die Makroökonomien nehmen sich seit jeher das Recht, institutionelle Fakten zu übersehen. Bisher werden institutionelle Fakten, wenn überhaupt, dann nur als Starrheits- und Verzögerungsfaktoren einer theoretisch reibungslos vorgestellten wirtschaftlichen Entwicklung behandelt. Entwicklungspolitik bedeutet aber jedenfalls Kleinarbeit, gerade wenn es um die Erschließung der Sparquellen geht. Betrachtet man die nur mäßigen Erfolge der Ökonometriker bei der praktischen Entwicklungsarbeit, so erhöht sich der Wert einer Untersuchung wie der von v. Gersdorff vorgelegten noch mehr. Gewiß, die Gefahr liegt nahe, sich in Einzelheiten zu verlieren, und von weiteren Arbeiten des Verfassers wünschte man sich eine etwas stärker typologische Betrachtung.

Aufschlußreich sind u. a. die Bemerkungen über die Bedeutung der Inflation, die nach den Angaben des Verfassers von 1948 bis 1959 etwa 600 % betrug und die für Fehlbeschäftigung und ungleichgewichtiges Wachstum verantwortlich gemacht werden muß. Brasilien scheint noch zu den Ländern zu zählen, in denen die wechselseitige Komplementarität wichtiger Bereiche der Infrastruktur noch nicht voll zur Wirkung kam, was die niedrige volkswirtschaftliche Produktivität neuer Investitionen zum Teil erklären kann. Besondere Aufmerksamkeit verdienen die Ausführungen über die Reservepolitik der Genossenschaften seit 1926 und die Ausführungen über den Einfluß der Deckungsverfahren der Sozialversicherung für den volkswirtschaftlichen Sparprozeß.

Es ist zu wünschen, daß ähnliche und gleich gewissenhafte Untersuchungen auch über andere lateinamerikanische Länder vorgelegt werden, um dann auch zwischenstaatliche Vergleiche anstellen zu können.

Lutz Köllner, Münster (Westf.).

Uno Kaur: Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftspolitik des Freistaates Estland 1918—1940. Baltisches Forschungsinstitut Universität Bonn. 1962. 174 S.

Es sind 23 Jahre vergangen, seit Estland in die Sowjetunion einverlebt wurde. Die Selbständigkeit des estnischen Staates (gegründet 1918) dauerte also nur 22 Jahre, so daß für die europäische Öffentlichkeit Estland meist lediglich eine historische Kategorie darstellt. Um so begrüßenswerter ist die Arbeit von Uno Kaur, der uns in gedrängter Form mit der Wirtschaft Estlands zwischen 1918 und 1940 bekanntmacht, und zwar auf Grund einer genauen Kenntnis des Landes sowie an Hand eines reichhaltigen statistischen Materials.

Die Entwicklung der estnischen Wirtschaft während der staatlichen Selbständigkeit teilt der Verfasser in vier Perioden ein: 1. Gründer- und Anpassungsjahre (1918—1924), 2. Jahre des Aufschwungs und der Prosperität (1925—1929), 3. Krisenjahre (1930—1933), 4. Jahre der Belebung und der Expansion (1934—1940).

Den Schwerpunkt seiner Untersuchung legt Kaur auf die Frage, wie die estnische Wirtschaft in der Zeit der Unabhängigkeit die anfäng-

lichen Schwierigkeiten überwand und welche Entwicklung sie durchmachte. Denn es handelte sich im Jahre 1918 um einen neu entstandenen Staat, dessen Bevölkerung seit dem 13. Jahrhundert abwechselnd unter der Herrschaft der Schwertritter, Dänen, Polen, Schweden und seit 1721 der Russen lebte und keine selbständige Wirtschaftspolitik treiben konnte. Nach Loslösung von Rußland galt es, die estnische Wirtschaft, die zwei Jahrhunderte lang einem Teil des russischen Wirtschaftskörpers bildete, den völlig neuen Verhältnissen anzupassen. Daß dabei ernste Hindernisse zu beseitigen waren, lag auf der Hand, um so mehr, als die Verbindungen zum kommunistisch gewordenen Rußland schon aus politischen Gründen äußerst schwach waren.

Das bevölkerungsmäßig kleine Estland (rd. 1 130 000 Einwohner im Jahre 1939, darunter 88 % Esten, 8 % Russen und 1,5 % Deutsche) war in bezug auf das Territorium (47 550 qkm) keineswegs klein und übertraf in dieser Hinsicht Dänemark, die Schweiz, Holland oder Belgien. Das vom Zarenreich gebaute, verhältnismäßig dichte Eisenbahnnetz erwies sich für die weitere Entwicklung des Landes als ein sehr wichtiger Faktor.

Vor der Erlangung der Unabhängigkeit war Estland vorwiegend Agrarland, wenn auch bereits in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts eine Reihe von Industriebetrieben entstanden waren. 58 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche besaßen 881 deutschbaltische Großgrundbesitzer (es handelte sich um 1147 Güter mit durchschnittlich 2113 ha je Einheit), die seit Jahrhunderten eine führende Rolle in Estland spielten. Zu den ersten Handlungen der neuen estnischen Regierung gehörte die Enteignung des gesamten Großgrundbesitzes gegen eine gewisse Entschädigung und seine Aufteilung unter den estnischen Bauern. Nach der Durchführung der Bodenreform erhielt Estland eine ähnliche Betriebsstruktur wie Dänemark. 1939 gab es rund 140 000 landwirtschaftliche Betriebe, wobei 33 % bis zehn ha, 28 % zehn bis zwanzig ha, 18 % zwanzig bis dreißig ha und 15 % dreißig bis fünfzig ha bewirtschafteten.

Die Entwicklung der Landwirtschaft im Freistaat Estland vollzog sich nicht reibungslos. Die Regierung mußte zu Subventionen verschiedener Art greifen, um das Niveau der Agrarwirtschaft zu erhöhen und den Bauern die Existenz zu sichern. Bis 1939 stieg der durchschnittliche Hektarertrag um ein Drittel des Standes 1920—1924, während sich die Anbaufläche für Weizen in derselben Zeit verdreifachte, so daß Estland in bezug auf die Getreideproduktion Selbstversorger wurde. Die vom Staat geförderte Umstellung auf die Veredlungswirtschaft, die im Zuge der Suche nach neuen Absatzmärkten notwendig wurde, führte zur Vermehrung des Viehbestandes und entlastete dadurch weitgehend die Außenhandelsbilanz.

Auch die Entwicklung der estnischen Industrie ging nicht ohne eine kräftige Unterstützung des Staates vor sich, aber ebenfalls unter Beibehaltung des Privateigentums an den Produktionsmitteln. Bereits

vor 1918 hatte sich in Estland dank der Schafzucht eine nennenswerte Wollproduktion (Großbetriebe der Tuch- und Textilerzeugung in Narwa, Pernau usw.) entwickelt. Es gab eine bedeutende Metallindustrie (hauptsächlich Schiffs- und Waggonbau), die für den russischen Bedarf arbeitete. Außerdem verfügte das Land über größere Holz- und Papierbetriebe sowie über Nahrungs- und Genußmittelindustrie. Die großen Metallbetriebe waren allerdings gezwungen, nach 1913 mangels Abnehmern zu schließen, während die übrige Industrie sich umstellen mußte, um neue Absatzmärkte zu finden.

Die estnische Regierung begünstigte die industrielle Ausnutzung der natürlichen Reichtümer des Landes wie Brennschiefer, Torf, Phosphoriten, Holz, Flachs usw. Das aus dem Brennschiefer gewonnene Öl erreichte im Jahre 1939 eine Produktion von rund 180 000 t gegen nur 400 t im Jahresdurchschnitt 1922—1924. Auch die bereits vorhandene Zementindustrie und verwandte Zweige wie die Ziegel- und Glasproduktion erfuhren eine erhebliche Erweiterung. Grundsätzlich befolgte die Regierung eine liberale Industriepolitik, indem sie durch Gewährung von Subventionen und durch eine entsprechende Zollpolitik die private Unternehmerinitiative förderte.

Der estnische Außenhandel konnte ebenfalls ohne eine zielbewußte Unterstützung des Staates nicht auskommen. Nach der Trennung von Rußland fand die estnische Wirtschaft neue Absatzmärkte. Zwei Drittel der Ausfuhr des Landes und rund die Hälfte der Einfuhr entfielen im Jahre 1938 auf Deutschland und Großbritannien.

Infolge der Weltwirtschaftskrise nahm die estnische Ausfuhr im Jahre 1932 gegenüber 1928 um zwei Drittel ab. Die im Jahre 1928 auf einer Goldbasis stabilisierte estnische Krone mußte 1932 um 35 % abgewertet werden, woraufhin sich die estnische Wirtschaft allmählich von der Krise erholen und später sogar sich stark beleben konnte.

Im großen und ganzen bestand der Freistaat Estland ohne allzu dramatische Schwierigkeiten die ernste Prüfung beim Übergang von einer abhängigen zu einer selbständigen Wirtschaft. Der Verfasser hat ein gutes Buch geschrieben, das zwar einen historisch abgeschlossenen Zeitabschnitt schildert, aber keinesfalls nur einen historischen Wert hat.

Raphael P. Rochlin, Berlin

Ludwig Preller: Sozialpolitik. Theoretische Ortung. (Hand- und Lehrbücher aus dem Gebiet der Sozialwissenschaften. Hrsg. von Edgar Salin und Günter Schmölders.) Tübingen und Zürich 1962. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) und Polygraphischer Verlag AG. VIII, 327 S.

„Leben heißt Kräfte ausspielen.“ Dieser Einleitungssatz durchschwingt als Leitmotiv die gesamte Untersuchung, welche die Sozialpolitik weder als Wissenschaft noch als gestaltendes Tun aus ihren Verflechtungen zu den Nachbardisziplinen löst, sondern im Gegenteil sie einbettet in eine Vielzahl von Wechselbezügen und darum Teilerkentnis und -wahrheiten meidet. Der Autor sieht den Menschen in das Spannungsfeld zwischen Werden und Vergehen, Kultur und

Wirtschaft, Individuum und Gesellschaft, Stoff und Geist gestellt, begreift ihn als ein von polaren Strömungen durchpulstes Wesen; die Vielfalt der Bezüge, die zu einem „Beziehungsgespinst“ verknüpft sind, soll eingefangen werden. Diese Schweise stützt sich auf die Forschungsergebnisse moderner Natur- und Geisteswissenschaftler wie *Teilhard de Chardin, Gebser, Heisenberg, Portmann, Sri Aurobindo*. Im Gegensatz zu anderen Lehrbüchern der Sozialpolitik geht es hier vornehmlich um die Sinndeutung sozialpolitischen Tuns, um das Wesen der Sozialpolitik überhaupt (S. 3). Als Erkenntnisobjekt schält sich der „Bezug im Beziehungsgespinst“, die „Funktion im ganzen“ heraus, zu deren Wertung der Nützlichkeitsstandpunkt als außer-humaner Maßstab verworfen wird. Damit will der Verfasser jedoch ein rationales Vorgehen keineswegs ausschließen: Rationale Methoden liefern ihm „Vorerkenntnisse“, die in die Gesamtschau eingefügt werden müssen. Denn der Mensch handelt und reagiert stets als ganzer Mensch und nicht als fiktiver homo oeconomicus; daraus folgt die Ablehnung eines Ökonomismus, der sich seinen eigenen mechanistischen Wirtschaftskosmos als Erkenntnisobjekt konstruiert und darin den Menschen als ausschließlich von Nützlichkeitserwägungen beherrschtes Wesen agieren läßt. Unbehagen empfindet der Autor besonders gegenüber der Theorie der Spiele, die gerade das A-Rationale jedes echten Spiels übergeht und unter der einseitigen Alternative Vor teil/Nachteil verschüttet (S. 54¹).

„Zur Ambivalenz der individualen und gesellschaftlichen Werte im Menschen tritt dessen Zeitdurchzogenheit“ (S. 9). Dabei wendet sich der Verfasser gegen die bisher übliche Gleichsetzung von objektiv meßbarer mit subjektiv erlebter und empfundener Zeit (S. 10). Dem Zeitwandel entspricht es, daß die überkommene Sozialpolitik der Eingliederung von Gesellschaftsgruppen in das Gesellschaftsganze zurücktritt zugunsten einer Politik, die dem einzelnen die Chance gibt, „sich zu einer ‚Persönlichkeit‘ zu entfalten, ihn also eher zu ‚individualisieren‘“ (S. 34). Arbeit ist Wesensteil des menschlichen Lebens (S. 53 ff.), und der Bruch für die menschliche Existenz liegt darin, daß die Arbeit im Maschinenzeitalter überwiegend nur Teil-Befähigungen anspricht und durch die industrielle Organisation die Einheit von Arbeit und Leben zerrissen wurde (S. 41). Um so mehr wird demgegenüber der sittliche Wert der Arbeit betont und die Durchsetzung seiner allgemeinen Anerkennung zu den Aufgaben der Sozialpolitik erhoben. Einer der Lieblingsgedanken des Autors, daß sich volle Menschenwürde erst in der freien Zeit entfalten läßt, da hier die Chance zu schöpferischer Gestaltung und echter Muße erwächst, die mehr als Freizeit ist, erlaubt eine positivere Einstellung zu dem die Soziologen so beunruhigenden Problem der zunehmenden Freizeit und ihrer Gestaltung und begründet den Eigenwert des Alters mit. Die Rente wird in bezug zum „Lebens-Arbeitseinkommen“ gesehen als eine „Erfüllung einer gesellschaftlich gebotenen Verpflichtung, nicht als Almosen wie zu Beginn der Sozialversicherung“ (S. 50).

Aus diesen wenigen Andeutungen erhellte, wie sehr es Preller darum geht, die Bezüge des Menschlichen in der Arbeitswelt aufzuzeigen. Er wehrt sich wiederholt gegen eine Sozialpolitik aus ökonomischem Denken heraus, gegen Menschenökonomie, wie sie z. B. dem Gedanken der Verhütung zugrunde liegt. „Verhütung . . . sollte primär aus dem Menschlichen heraus gefordert und betrieben werden“ (S. 63). Gleichermaßen gilt für die Erziehung, die unter ökonomischen Gesichtspunkten zu zweckbestimmter Ausbildung, besser Abrichtung, degradiert wird (S. 64).

Bei der gedanklichen Durchdringung der sozialpolitischen Wirklichkeit stößt der Verfasser auf eine Fülle von Erkenntnissen; neue Tatsachen in der Arbeitswelt leiten einen Wandel in den Wertvorstellungen ein. So führt die Berufstätigkeit der Frau zu einer Abwertung der hauswirtschaftlichen Tätigkeit, die „— weil ‚unbezahlt‘ — als keine Form von Arbeit empfunden wird“. Hier liegt der Schlüssel zum Verständnis der nichtberufstätigen Frau, die sich in ihrem Dasein nicht mehr ausgefüllt fühlt, wenn sie ihren Aufgaben als Mutter bei der Erziehung der Kinder nachgekommen ist (S. 69). Wie an anderer Stelle liegt der Schwerpunkt des Buches hier mehr in fruchtbaren Problemstellungen als in Lösungen. Der Fortschritt liegt in der Bewußtmachung neuer Probleme, die den ersten Schritt zu ihrer Lösung einleitet. Seine Betrachtungen über die Arbeit schließt der Autor mit der Forderung ab, sie dem Leben als Ganzes zu integrieren und aus ihrer ökonomistischen Überbewertung zu lösen; Tendenzen dazu möchte er in den USA, in Skandinavien und Frankreich wirksam sehen (S. 72).

Alles Leben ist in das Zeitliche hineingestellt. Hierdurch werden Aussagen erschwert, denn der Zustand ist eine Abstraktion; was sich im Leben vollzieht, sind Prozesse, Wandlungen, ein Spiel von Wechselwirkungen. Wer das Leben so sieht (S. 75), kann weder allgemeingültige Aussagen noch Zustandsbeschreibungen liefern. Aber sein Blick wird geschärft für die unzähligen Kräfte des „Koordinaten-geistes“ und die Bedeutung „ausgewogener Zustände im Prozeß des Lebens“. Von hier stößt Preller zur Aufgabe der Sozialpolitik vor: Es ist der „Ausgleich von Disproportionalitäten auf Proportionalität hin“ (S. 78).

Bei der Klärung des Verhältnisses von „sozial“ zu „wirtschaftlich“ wird wiederum auf den Wert des Menschen abgestellt und das Soziale als umfassenderer Aspekt dem Wirtschaftlichen als dem rational berechenbaren Bereich gegenübergestellt (S. 82). Von da ist es nur noch ein Schritt zur Definition der Wirtschaftspolitik als des Strebens nach Bedürfnisbefriedigung durch Gütererzeugung und -verteilung, wogegen die Sozialpolitik vom Menschen handelt, der diese Güter produziert und an den sie verteilt werden. „Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik verhalten sich zueinander wie wirtschaftliches Gut und Mensch“ (S. 85). Für Prellers wissenschaftlichen Standort ist festzuhalten, daß er, ohne den Wert modelltheoretischer Überlegungen zu

leugnen, gerade für die Sozialpolitik, gestützt auf die Ergebnisse der Verhaltensforschung, an der „Einsicht in die Unberechenbarkeit oder auch Nicht-Modellierbarkeit der menschlichen Voraussetzungen“ festhält (S. 89). Sein Ausgangspunkt ist der des Humanisten — Humanitas verstanden als „Einsicht in den vorrangigen Wert des Menschen“ (S. 94) —, und daran schließt sich das Bekenntnis: „Ohne sittliche Maßstäbe kommt Sozialpolitik nicht aus“ (S. 100), und: „Sozialpolitik holt ihre Maßstäbe vor allem aus außerökonomischen Bewertungen des Menschen und des Menschlichen“ (S. 106).

Sozialpolitik wirkt auf Strukturen, definiert als das „innere Gefüge und in ihm die Kompositionsidee eines raum-zeitlichen Zusammenhangs“ (S. 126). Sozialpolitik tritt in Erscheinung als Bemühen um Erhaltung der Struktur (S. 130 ff.), als Wandlung der Struktur zu folge der als strukturerhaltend gedachten Maßnahmen (S. 135 ff.) und als Gestaltung der Struktur, verstanden als bewußter Vorgang (S. 142 ff.).

Unter Funktionen und Prinzipien der Sozialpolitik werden herausgestellt: 1. Die Schutzfunktion, historisch entstanden aus außerökonomischen Erwägungen (S. 151 ff.), 2. die Verteilungsfunktion, besonders im Hinblick auf die Bedeutung des arbeitenden Menschen als Konsument (S. 153 ff.) und 3. die Produktionsfunktion (S. 158 ff.). Beim letzten Punkt tritt Prellers Position besonders plastisch hervor, indem er sich gegen die von ihm als einseitig empfundene „Ökonomische Theorie der Sozialpolitik“ von Elisabeth Liefmann-Keil (Berlin-Göttingen-Heidelberg 1961) wendet; nach ihm gilt es, nicht nur die einschränkenden und kostenmäßigen Seiten sozialpolitischer Maßnahmen zu sehen, sondern vor allem ihre produktiven fördernden Wirkungen (S. 158).

Überall gewahrt der Autor außerökonomische Prinzipien, die in die ökonomische Welt einbrechen. In der Arbeit des Menschen bekundet sich der Drang nach menschlicher Verwirklichung (S. 159); dem Ruf nach sozialer Sicherung liegt nicht in erster Linie Bequemlichkeitsstreben zugrunde, sondern die Sehnsucht nach Aufhebung der Proletarität (S. 182). Darum steht auch sein Prinzip der Optimierung allen rationalen Überlegungen zur Gütermaximierung fern; es besagt: „feststellen was ist; untersuchen was sein kann; prüfen was sein soll“ (S. 183). In seiner Darstellung tastet Preller auch das Gebiet der gesamten Gesellschaftspolitik ab. Er nimmt die Sozialpolitik in Schutz gegen den Vorwurf der Förderung der Vermassungstendenzen in der Gegenwart, weist ihr allerdings gleichzeitig die Aufgabe zu, den Menschen in seinem „individualen autonomen Bewußtsein“ zu stärken (S. 210), und hebt hervor, daß heute immerhin der einzelne über eine Häuslichkeit verfügt, in der er sein individuelles Dasein erleben und gestalten kann (S. 205) — nicht zuletzt dank der Fortschritte der Sozialpolitik in den Industriestaaten. Ein ausgewogenes Urteil durch Würdigung aller relevanten Tatsachen zeichnet das Buch überall aus.

Der Verfasser wendet sich sodann gegen die übertriebene Kritik am Wohlfahrtsstaat und hält an dem, wie er sagt, „im Ausland weitgehend unangefochtenen Ausdruck“ fest. Zu den Aufgaben des Staates zählt er die Förderung des Wohlergehens der Bürger. In seiner Sicht obliegt es der Gemeinschaft, die Voraussetzungen zu schaffen, die den einzelnen zu selbstverantwortlichem Handeln befähigen (S. 229 ff.). Dabei legt er das Subsidiaritätsprinzip enger aus als andere Forscher und Praktiker (S. 219). Ihm gilt es zunächst als Formalprinzip. Über seine Anwendung muß im konkreten Fall nach Würdigung der Tatbestände entschieden werden. In praxi geht es dann um die Frage, ob die Gemeinschaft bereits dem einzelnen seine Chance zu freier Entfaltung gesichert hat. Die sozialen Konflikte lehren, wie schwer eine Einigung wegen der verschiedenen Ausgangs- und Interessenstandpunkte, weltanschaulichen und sittlichen Maßstäbe fällt. Gerade hier wird man Preller entgegenhalten müssen, welchen Vorteil das Rationalprinzip und streng ökonomische Schlußfolgerungen bieten, zumal es meistens um handfeste materielle Vorteile geht. Im übrigen mißt er als Anhänger der „Kausaltherapie“ der Gemeinschaft die Aufgabe zu, durch Wohlfahrtpolitik allgemeine Störfaktoren zu beseitigen und nicht nur als Rotes Kreuz unheilvolle Auswirkungen zu lindern.

Der Sozialpädagogik ist ein eigener Abschnitt gewidmet (S. 277 ff.). Ihr obliegt es, die von der Sozialpolitik erfaßten Menschen zur Bejahung der Ziele und Maßnahmen zu bringen. Das aber ist ohne ein hohes Maß an Mitwirkung der Betroffenen im sozialen Leben kaum möglich. Denn Sozialpädagogik kann nur auf einem „inneren Konsens“ aufbauen, wenn sie mehr als Zweckpropaganda sein will. Nach Preller müssen sozialpolitische Maßnahmen zugleich sozialpädagogischen Charakter haben. Ein echtes Dilemma liegt insofern vor, als die Gesetzesmacher oft ganz andere Vorstellungen als die Betroffenen haben. Darum muß Sozialpädagogik zunächst bei den verantwortlichen Menschen und Instanzen einsetzen. Der gegenseitigen Aufklärung, gemeinsamen Aussprachen kommt hierbei großes Gewicht zu. Ferner muß die Arbeitsweise sozialpolitischer Institutionen beispielhaft wirken; gerade ihr Versagen bildet Anlaß zur Kritik an der Sozialpolitik als solcher. Wesentlich ist, daß die Sozialpädagogik der Entscheidungsfreiheit den Weg ebnet und sie dem Menschen nicht abnimmt, sonst bliebe sie nur Gängelei von Unmündigen.

Der Verfasser beschließt sein Werk mit dem Kapitel „Von der Sozialpolitik zu sozialer Politik“; sein Hauptanliegen, eine menschlich orientierte Sozialpolitik als richtungweisende Komponente gesellschaftlichen und politischen Tuns, tritt noch einmal klar hervor. Die gesammelten Erkenntnisse werden in einer Begriffsbestimmung des Wesens der Sozialpolitik zusammengefaßt: „Sozialpolitik wirkt vom Aspekt des Arbeitslebens aus auf die Struktur der menschlichen Gesellschaft im Sinne des Menschen als eines Wertes eigener Prägung“ (S. 291). Der Aspekt des Arbeitslebens dient als notwendige Abgren-

zung gegenüber der Gesellschaftspolitik im weitesten Sinne, die auf „Erreichung der Gesellschaftszwecke“ (*v. Zwiedineck*) gerichtet ist. Charakteristisch für die soziale Politik ist ihre „Ambition, sich zu einem grundlegenden Gestaltungsprinzip der Gesellschaft insgesamt zu entfalten“ (S. 304).

Auch wer Prellers Ansatz nicht billigt, wird seine Originalität und seinen Ernst, seine Sorge um den Menschen nicht bestreiten. Hier spricht eine Persönlichkeit, die Wissenschaftler und erfahrener Sozialpolitiker in langjähriger verantwortlicher Stellung zugleich ist. Darin liegt wohl auch der Grund, daß ein wesentlicher Gesichtspunkt gar nicht berücksichtigt wird: Sozialpolitik ist einmal eine wissenschaftliche Disziplin, zum andern eine praktische Tätigkeit. Für Preller und einen großen Teil der modernen Sozial- und Gesellschaftspolitiker verschwinden die Grenzen zwischen den beiden Begriffsinhalten, da für sie praktische Sozialpolitik eine wissenschaftlich fundierte Tätigkeit ist. Sie knüpfen damit an die heroische Zeit der deutschen Sozialpolitik, die Epoche der „ethischen Postulate“ an. Wer mit Max Weber die Zielsetzungen aus der Wissenschaft ausklammert, wird Preller und seinen Anhängern nicht mehr folgen können.

Preller kann sich bei seiner Arbeit kaum auf Vorläufer berufen. Er erwähnt einmal (S. 158), daß seine Darlegungen denen Frieda Wunderlichs (Produktivität, Jena 1926) verwandt sind, die eine „haushaltswirtschaftliche und immaterielle Produktivität“ als Maßstab gegen bloßes Rentabilitätsdenken, Rationalisierung und ökonomischen Materialismus aufstellte. Hier ergeben sich gewisse Parallelen zu den von Preller nicht angeführten „Grundlagen der Produktivitätstheorie“ von Rolf Fricke (Frankfurt 1961), in denen Fricke die „Produktivität zum Fundament einer wertend eingestellten Sozialwissenschaft“ erhebt und unter Produktivität letzten Endes — auch im Rückgriff auf Frieda Wunderlich — eine „immaterielle Wertschöpfung“ versteht, „die sich in der Haushaltswirtschaft nachhaltig vollzieht, wobei in gleicher Weise die Bereiche der Sicherheit, der Gerechtigkeit, der Bildung und der sonstigen kulturellen Werte angesprochen werden“ (Fricke, S. 9, 326). In Frickes haushaltswirtschaftlichem Produktivitätsbegriff drücken sich „säkulare Wertvorstellungen“ aus, gewissermaßen als Ausfluß des Geistes der Zeiten. Hier ergeben sich Berührungspunkte zu Prellers „Zeitdurchzogenheit“; die Wertauffassung verbindet beide Autoren und rückt sie in die Nähe der Bestrebungen der Welfare Economics, die sich ja die Erfassung immaterieller Werte besonders angelegen sein läßt. Die Frage der praktischen Anwendbarkeit dieser vorwiegend formal-theoretischen Erkenntnisse ist allerdings noch keiner befriedigenden Lösung nahegebracht. Auch wer durch den Gedankenreichtum bei Preller angezogen wird, räumt sicherlich ein, daß Sozialpolitik, verstanden als wirtschaftswissenschaftliche Disziplin und beschränkt auf ökonomische Tatbestände, durch ihren Schatz praktikabler Erkenntnisse für die Beurteilung von Maßnahmen und Wirkungen ein unentbehrliches Instrument für Wissenschaft und Praxis ist.

Der wiederholte Rückgriff auf die Geschichte der Sozialpolitik zeigt den Verfasser als beschlagenen Historiker; überhaupt muß wohl seine „Theoretische Ortung“ zusammen mit seinen anderen Veröffentlichungen gelesen werden, die konkrete Probleme zum Gegenstand haben. Da sein Buch keine systematische Abhandlung der sozialpolitischen Institutionen und Träger, der grundlegenden Gesetze und Maßnahmen bringt, ist es auch weniger ein Lehrbuch als eine Monographie. So begrüßenswert und notwendig die Grenzüberschreitung des rein Ökonomischen auch sein mag, der Forscher bewegt sich dann auf Gebieten mit langjähriger Tradition und umfangreichen Forschungsergebnissen, die er nicht ohne weiteres überblicken kann. Das gilt für die Arbeitswissenschaft, Sozial- und Berufspädagogik. Über die Frage der Vermenschlichung der Arbeit, die Erfüllung menschlichen Daseins durch Arbeit gibt es seit der von Pestalozzi entwickelten Industriepädagogik eine umfangreiche Literatur. Es sei nur angedeutet, daß seit Kerschensteiner, Litt und Spranger Berufsbildung als Vorstufe der Menschenbildung gilt und Sozialpädagogik bereits in der Schulstube einsetzen muß — die Bewältigung der Freizeit muß dort von der Pädagogik her vorbereitet werden.

Das Buch spricht zwar aktuelle konkrete Probleme an, handelt sie aber nicht eingehend ab. Um so erstaunlicher ist die heftige Reaktion (S. 254) des Verfassers gegenüber Heddy Neumeister (in ORDO XII, 1961), der er vorwirft, soziale Sicherung und Armenpflege gleichzusetzen. Beide Autoren bewegen sich auf ganz verschiedenen Ebenen. Neumeister weist zunächst — vorzüglich belegt — nach, daß die deutsche Sozialversicherung historisch und im Bewußtsein der damaligen Zeit tatsächlich als verlängerter Arm der „Armenpflege“ entstand und diesen Charakter bis in unsere Tage nicht ganz verloren hat. Sie redet den Almosen ja keineswegs das Wort, ganz im Gegenteil, sie befürwortet eine davon freie Sicherungseinrichtung, die auf klar durchschaubaren versicherungstechnischen Prinzipien aufgebaut ist und in deren Rahmen Raum für echte Selbstverantwortung und Vorsorge bleibt. Das Unbehagen über die Ausnutzung gewisser Leistungen der deutschen Sozialversicherung und Widersprüche in der Mittelaufbringung und -verteilung wächst in weitesten Kreisen. Hier will Neumeister Wandlung geschaffen sehen. Im Grunde genommen verkennt Preller die Gefahren einer umfassenden Kollektivvorsorge nicht, aber er möchte wohl in concreto der Gemeinschaft einen größeren Anteil an den Sicherungsaufgaben zuweisen als Neumeister oder das Gutachter-Gremium von 1955. Er geht aber ganz im Gegensatz zu Neumeister auf die augenblicklichen Zustände nicht ein und bleibt im Rahmen allgemeiner Betrachtungen, wodurch seinen Einwänden der tragende Grund fehlt. Man kann eben genau wie Preller von der unverlierbaren Würde des Menschen überzeugt sein, um seine Ambivalenz wissen und doch für eine Beschränkung der kollektiven Sicherungsmaßnahmen eintreten, weil, gemessen an früheren Einkommensverhältnissen, dem damaligen Sorgenkind Arbeiterstand

Selbstvorsorge für kleinere Notstände möglich ist, wodurch der einzelne Verantwortung beweisen soll und sittliche Werte verwirklichen kann. Hier scheint eine Verkennung der neo-liberalen Lehre zu liegen, die ja nicht einem materiellen Ökonomismus in einem von moralischen Erwägungen freien Harmoniesystem huldigt, sondern meint, daß menschliche Freiheit sich erst in einer Ordnung wirtschaftlicher Freiheit entfalten kann. Die erzieherische Bedeutung individueller verantwortlicher Tätigkeit wird bei Adam Smith in seiner „Theory of Moral Sentiments“ und in seinem „Wealth of Nations“ genauso deutlich hervorgekehrt wie bei Eucken. Theoretisch verschließt sich Preller diesen Erkenntnissen auch nicht, nur bringt ihn seine „metaökonomische Vorentscheidung“ in Konflikt mit den Liberalen.

Zu diesen Hinweisen noch einige andere: Bei der Behandlung der abhängigen Arbeit (S. 45) fehlt ein Hinweis auf die Bedeutung der Marktformen, die, wie Eucken nachwies, das materielle Los der Arbeiter mitentscheiden und auch für die Bewußtseinsbildung der Arbeiterschaft eine große Rolle spielen. — Arbeitslosigkeit trifft nicht nur die Arbeiterschaft, sondern auch fallierende Unternehmer und Selbständige (S. 94). — Gewiß führt die Übersteigerung des Ratenkaufs und das Prestigedenken in den USA zu bedenklichen Erscheinungen. Im Falle einer Wirtschaftskatastrophe würden deren Folgen wohl aber wegen des Fehlens von Abzahlungsgeschäften nur unwesentlich abgeschwächt. Im positiven Sinne dienen die Abzahlungsgeschäfte der Anpassung von Konsum und Produktion und damit einer besseren Produktionsplanung hochwertiger Verbrauchsgüter (S. 115).

Die vielen Verweise im Text und in den Fußnoten erlauben ein schnelles Einarbeiten in die einzelnen Problemkreise. Das dem Werk beigelegte Verzeichnis mit Berichtigungen müßte noch wie folgt erweitert werden: S. 1¹: Heisenberg-Zitat: Offenerwerden (statt Offenwerden). — S. 88 und 91 oben: Hier ist wohl die britische „austerity“. Politik der Nachkriegszeit gemeint (statt „authority“); vgl. auch Index S. 320. — S. 273 oben: Untersuchungen von Hans Achinger (statt Untersuchungen Hans Achinger). — S. 285 unten: Zwiedineck (statt Ziedineck). S. 27⁴, S. 35¹²: die zitierten Seiten von Riesman sind im rde-Band nicht enthalten; die übrigen Riesman-Zitate sind a.a.O.

Rochus Castner, Nürnberg

Wolfgang Kellner: Der moderne soziale Konflikt. Seine Ursachen und seine Überwindung im Betrieb. Stuttgart 1961. Ferdinand Enke Verlag. 252 S.

Einer der Grundgedanken der Arbeit liegt darin, daß der moderne soziale Konflikt seinen charakteristischen Ausdruck darin finde, daß das Menschenbild und das Leitbild gänzlich verschieden sind.

Einleitend versucht der Autor zu zeigen, daß und wodurch sich der moderne soziale Konflikt von dem antiken unterscheidet. Zu diesem Zweck werden die beiderseitigen Konfliktursachen dargestellt. Des

weiteren befaßt sich das Werk mit den gescheiterten Überwindungsversuchen, die auf den modernen sozialen Konflikt nicht passen. Sie beruhen sämtlich auf einer Umdeutung der sozialen Problematik in eine ökonomische; die Besinnung auf die Wirklichkeit, an der die ökonomischen Lösungsversuche gescheitert sind, führt im weiteren Untersuchungsgang zur Entstehung, Entwicklung, Aufgabe und Methodik der Betriebssoziologie.

Im besonderen werden Leitbild und Menschenbild untersucht in bezug auf den Unternehmer, den Arbeiter und den Angestellten.

Das letzte Kapitel sucht von den in den vorangegangenen dargestellten soziologischen Überlegungen aus, Lösungsmöglichkeiten der sozialen Konflikte aufzuzeigen. Wesentlich komme es auf die Erfüllung des Gebotes an: Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst! „Es genügt nämlich nicht, daß wir ihm zu essen geben wie uns selbst, so wie er in der arbeitsteiligen Wirtschaft uns zu essen gibt wie sich selbst. Der Mensch lebt nicht von Brot allein. Wie lieben wir denn uns? Wir lieben uns als verantwortliche Person, wir lieben unsere Freiheit als Gegenstück unserer Verantwortung. Also müssen wir unseren Nächsten als verantwortliche Person und seine Freiheit lieben. So liebt er sich selbst und so wollen wir auch von ihm geliebt werden“ (S. 252).

Man kann sich beim Durchlesen des Buches des Eindruckes nicht erwehren, daß an manchen Stellen hochgesteckte Wünsche des Verfassers die nüchterne Sachlichkeit und die wissenschaftliche Fundierung beeinträchtigen.

Hans Bayer, Dortmund

Paul Durand: Die Beteiligung der Arbeitnehmer an der Gestaltung des wirtschaftlichen und sozialen Lebens in Frankreich. Baden-Baden 1962. Verlag August Lutzeyer. 71 S.

In diesem letzten Studienbeitrag, den der verunglückte französische Sozial- und Arbeitsrechtler Paul Durand, Vorsitzender der Arbeitsgruppe „Sachverständige für Arbeitsrecht“ der Hohen Behörde, leistete, wird in bemerkenswerter Kürze und Präzision die einflußreiche Beteiligung der französischen Arbeitnehmer am wirtschaftlichen und sozialen Leben gezeigt.

In einer einleitenden Betrachtung wird ein kurzer Abriß der historischen Entwicklung der Beteiligung der französischen Arbeitnehmer, besonders der Gewerkschaften — angefangen bei der Commission du Luxembourg (1848) bis zum Conseil économique et social (1958) — und eine kurze Skizzierung der verschiedenen Richtungen der Gewerkschaften — der CGT, der CFTC und der FO — gegeben.

Im 1. Teil wird die Beteiligung der Arbeitnehmer bei der Bestimmung der allgemeinen Wirtschafts- und Sozialpolitik und die Teilnahme an der Tätigkeit öffentlicher Einrichtungen untersucht. Zunächst weist der Verf. auf den starken Einfluß der zahlreichen Vertreter der Arbeitnehmerverbände im Wirtschafts- und Sozialrat, in den vielen Fachinstitutionen des Arbeitsministeriums (Oberster Tarif-

ausschuß, Ausschuß für Arbeitskräfte, Oberster Rat für Soziale Sicherheit u. a.) und auf die Ausarbeitung der französischen Pläne (Plan d'équipement et de modernisation) hin.

Zwar wird die tatsächliche Beteiligung der Gewerkschaften in diesen Institutionen nicht immer deutlich, doch wird dadurch der Wert der Untersuchung nicht gemindert, da durch die „Rückkehr zu größerer Wirtschaftsfreiheit“ und durch die Ideologie der V. Republik, die auf einer „größeren Machtvollkommenheit des Staates“ beruht, ein Teil dieser Institutionen wieder ausgeschaltet wurde.

Darüber hinaus zeigt Durand den weniger offenkundigen Einfluß auf die Gesetzgebung durch gewerkschaftliche Parlamentarier und durch Vereinbarungen der Berufsverbände, die teilweise durch Verordnung allgemeinverbindlich erklärt wurden (z. B. Renault-Abkommen über die Verlängerung des Urlaubs, tarifvertragliche Arbeitslosenregelung u. ä.).

Im 2. Kap. des 1. Teils wird die Beteiligung der Arbeitnehmer an öffentlichen Einrichtungen auf regionaler Ebene — nicht wie der Titel angibt „an der Tätigkeit der Behörden“ — gezeigt. Auch hier werden zunächst die einzelnen Institutionen, die Arbeitsämter, die Kassen der Sozialen Sicherheit, die Arbeits- und Sozialgerichte, die außergerichtlichen Beschwerdeausschüsse für Angelegenheiten der Sozialen Sicherheit und die Schlichtungs- und Vermittlungskommission bei kollektiven Arbeitsstreitigkeiten ausführlich beschrieben und der große Einfluß der Gewerkschaften gezeigt.

Besonders in den Institutionen der Sozialen Sicherheit (Kranken- und Altersversicherung u. a.) ist der Einfluß der Gewerkschaften um ein Vielfaches größer (neun Zehntel der Sitze), als es der Mitgliederzahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer (10—15 %) entsprechen würde. An den Arbeitsgerichten und den außergerichtlichen Schlichtungsinstanzen sind die Arbeitnehmer paritätisch beteiligt.

Im 2. Teil wird die Vielfalt der Beteiligungsmöglichkeiten der Arbeitnehmer bei der Leitung der verstaatlichten Unternehmen und die Gestaltungsmöglichkeit des wirtschaftlichen und sozialen Lebens durch Abkommen mit den Arbeitgeberverbänden, wie Tarifverträge und Kollektivabkommen auf sozialem Gebiet, dargestellt. Obgleich der unmittelbare Versuch zur Umwandlung der Wirtschafts- und Sozialordnung durch Arbeiterproduktionsgenossenschaften, „équipes autonomes“, „communautés de travail“ und durch die Kollektivbeteiligung am Betriebsgewinn, am Produktivitätszuwachs, am Kapital oder an der Selbstfinanzierung relativ bedeutungslos ist, vermißt man eine ausführlichere Auseinandersetzung mit den neuen Formen der Kollektivbeteiligung.

Durand kommt zu dem Ergebnis, daß in Frankreich die Beteiligung der Arbeitnehmer an der Gestaltung des wirtschaftlichen und sozialen Lebens weitgehend verwirklicht ist, gleichgültig, ob es sich um die Bestimmung der Regierungspolitik, die Ausübung von Verordnungsbefugnissen, die Tätigkeit öffentlicher Einrichtungen, die Rechtspre-

chung, die Leitung verstaatlichter Unternehmen, den Abschluß von Abkommen zwischen den Sozialpartnern oder um unmittelbare Aktio-
nen der Arbeitnehmer handelt.

Für den deutschen Leser ist der kurze, vielseitige und übersichtlich geordnete Einblick in die Gestaltung des wirtschaftlichen und sozialen Lebens in Frankreich wegen der zunehmenden wirtschaftlichen Integration von besonderem Interesse. Für das leichtere Verständnis dieser interessanten und aufschlußreichen Untersuchung wären allerdings weitere Fußnotenhinweise wertvoll gewesen, z. B. über die politische Einordnung der Gewerkschaften oder über die erwähnten Meilensteine der französischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte.

Hanjo Lell, Berlin

Die Wandlung der landwirtschaftlichen Arbeitsverfassung in der Industriegesellschaft. Bericht für die Bundesrepublik Deutschland eines Ausschusses der Gesellschaft für Sozialen Fortschritt für den Kongreß der Internationalen Vereinigung für Sozialen Fortschritt, 1961, in Berlin. In: Schriften der Gesellschaft für Sozialen Fortschritt e. V., Bd. 14. Berlin 1961. Verlag von Duncker & Humblot. 265 S.

Der vorliegende Band enthält Beiträge der Mitglieder des Ausschusses der Gesellschaft für Sozialen Fortschritt, die gemeinsam beraten wurden und die daher auch die gemeinsame Auffassung dieses Gremiums widerspiegeln. Das Schwergewicht der Arbeiten liegt in den Untersuchungen des sozialen Wandels der landwirtschaftlichen Arbeitsverfassung. Neben der Erforschung der Tatbestände wurden Thesen erarbeitet, die die Entwicklungstendenzen aufzeigen und dem verantwortlichen Politiker die Grundlage für seine Entscheidungen geben sollen.

Da sich der Arbeitsausschuß aus Vertretern der Sozialpartner, aus Wissenschaftlern, Politikern und Praktikern zusammensetzt, unterscheiden sich die einzelnen Beiträge in ihrem Inhalt, in ihrer Problematik und in ihrer Betrachtungsweise.

Die wissenschaftlichen ökonomisch wie soziologisch hervorragend fundierten Abhandlungen von H. Kötter (Bonn) werden dem Grundthema am meisten gerecht. Kötter geht von der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung aus und zeigt, wie diese die Arbeitsverfassung der Landwirtschaft gewandelt hat und noch wandeln wird.

B. van Deenen (Bonn) legt die Stellung und Struktur der Landwirtschaft und die Entwicklung des Arbeitskräftebesatzes dar. Sein Beitrag ist mit statistischen Daten, die zum Teil in eigenen Untersuchungen der Forschungsgesellschaft ermittelt wurden, sorgfältig untermauert und daher ebenfalls besonders wertvoll.

Die juristischen Probleme werden von E. Molitor (Wiesbaden) und G. Schnorr (Köln) dargelegt. Sie beschreiben das allgemeine und spezielle Recht der landwirtschaftlichen Arbeitnehmer, so beispielsweise das Koalitions-, das Tarifvertrags-, das Arbeitskampf-, das Betriebs-

verfassungsrecht und die Unfallverhütungsvorschriften. Die gesetzliche Sozialversicherung und die sozialen Hilfen behandelt D. Deneke (Bonn).

F. Riemann (Göttingen) zeigt die Ertragslage und die Einkommen in bäuerlichen Familienwirtschaften. Er interpretiert die „Grünen Berichte“ und ähnliche Zusammenstellungen. Hervorgehoben sei hier sein Hinweis, daß viele Familien große Teile ihres Einkommens so gleich wieder im Betrieb investieren — um ihren Hof zu erhalten — und dadurch darauf verzichten bzw. verzichten müssen, einen „zeitgemäßen“ Lebensstandard zu führen (S. 120). Dieser Sachverhalt verdient Beachtung!

W. Lojewski (Hann.-Münden) legt die Arbeits- und Lebensverhältnisse der landwirtschaftlichen Arbeitnehmer dar und schildert ausführlich die früheren Zustände. In dem Abschnitt „Die gegenwärtige Situation“ weist er dann aber selbst darauf hin, daß der landwirtschaftliche Facharbeiter von heute mit dem vor einigen Jahrzehnten kaum noch verglichen werden kann (S. 160).

Die Organisation und die Tätigkeit der Sozialpartner wird von F. Thomas (Bonn) für die Arbeitgeber- und von W. Lojewski für die Arbeitnehmerverbände dargelegt. Beide geben überwiegend einen historischen Überblick.

Die abschließend gemeinsam herausgestellten Thesen zeigen die Entwicklungstendenzen. Hier wird u. a. eine „paritätsnormative“ Abwanderung verlangt, um das im Landwirtschaftsgesetz geforderte „Vergleichseinkommen“ zu erreichen. So richtig diese Forderung vom Ökonomischen her ist, so unangenehm ist sie allerdings in den Augen vieler Landwirte, die ihren Arbeitsplatz langfristig zu erhalten wünschen. Auf diese Diskrepanz hätte man vielleicht auch in den Thesen noch etwas mehr hinweisen sollen, denn der verantwortliche Politiker wird das ökonomisch Sinnvolle nur in dem Ausmaß verwirklichen können, wie es für die betroffenen Landwirte sozial tragbar ist. In diesem Sinne wollen aber die Ausführungen auch verstanden werden.

Insgesamt gesehen ist der vorliegende Band ein guter Beitrag, der von allen, die sich mit diesen Fragen beschäftigen, beachtet werden sollte.

Hans Stamer, Kiel

Karl Freudenberg: Grundriß der medizinischen Statistik. Stuttgart 1962. Verl. Friedr.-Karl Schattauer. 313 S., 18 Abb., 71 Tab.

Seit F. Prinzings zweibändigem „Handbuch der medizinischen Statistik“ (1906/1931) ist das vorliegende das erste deutschsprachige Buch, das sich dankenswerterweise diesem Gegenstande widmet. Wie dort bezeichnet das Wort „medizinische Statistik“ in erster Linie die Statistik des Gesundheitswesens (Geburten, Krankheiten, Todesfälle, Todesursachen); erst in zweiter Linie kommen Methoden statistischer Auswertung von Versuchsergebnissen zur Sprache, wie sie in den letzten Jahrzehnten allenthalben in den theoretischen und klinischen Fächern Eingang fanden und sich als unentbehrlich erwiesen haben.

In der Bewältigung der erstgenannten Aufgabe, in der Behandlung der eigentlich vormathematischen Begriffe und Überlegungen der Mortalitäts- und Morbiditätsstatistik und ähnlicher Gegenstände, erweist sich Verf. schlechthin als Meister. Sein Ziel ist nicht, eine Übersicht oder Synthese der auf diesem Gebiet gesammelten Kenntnisse zu vermitteln, sondern im Leser echtes Verständnis für den Gegenstand sowie für die im üblichen Beobachtungsmaterial lauernden Gefahren für Trugschlüsse, Mißverständnisse usw. zu entwickeln. In den Kapiteln „Bearbeitung“, „Kritik des Urmaterials“, „Tabelle und graphische Darstellung“, „Relativzahlen“ usw. ist eine Fülle höchst lehrreicher und interessanter Beispiele von Trug-Fragen und -schlüssen dieser Art zusammengetragen, deren vergnügliche Lektüre man manchem in anspruchsvollster moderner Test- und Schätzmethodik gewieгten Biometriker empfehlen möchte. Auch in den weiteren Kapiteln des Buches erfreuen sich die mit der Medizinalstatistik älteren Stils, der Bevölkerungsstatistik und dem Versicherungswesen zusammenhängenden Gegenstände, wie Berechnung von Sterbetafeln, Lebenserwartung usw., Vergleich der Sterblichkeit (u. a.) verschiedener Bevölkerungen mittels verschiedener Standardisierungsverfahren, Ausgleichung, besonderer Sorgfalt. Dieser Teil des Werkes, auf dem offensichtlich das Schwergewicht liegt, ist daher zweifellos jedem an statistischen Fragen interessierten Mediziner zu empfehlen. Weniger befriedigen hingegen die Teile (insbesondere „Wahrscheinlichkeitsrechnung in der Statistik“, „Zufallsfehler und Signifikanz“, „Korrelation und Regression“ u. a.), in welchen Verf. einige Begriffe und Methoden der moderneren zufallskritischen Statistik behandelt. Hier trifft man auf manche unklare Begriffe, verfängliche Formulierungen, ungeeignete oder sogar unerlaubte Methoden (S. 279), unnötig erschwere Beweise. Z. T. erklärt sich dies wohl damit, daß Verf. im Hinblick auf das Durchschnittsniveau der mathematischen Kenntnisse bei Medizinern sich ängstlich bemüht, mathematische Formeln und Überlegungen zu vermeiden. Zu bedauern ist der Mangel eines Sachregisters, das das Studium des Werkes erleichtern könnte, und eines Literaturverzeichnisses. Nicht zur Erlernung mathematisch-statistischer Methoden, wohl aber zur Einführung in den Geist der Statistik in Gesundheits- und Sozialwesen ist das Werk vorbehaltlos zu empfehlen.

Maria Pia Geppert, Tübingen

Gerhard Merk: Wissenschaftliche Marktforschung. Berlin 1962.
Duncker & Humblot. 155 S.

Obwohl es von jeher für den auf den Markt angewiesenen Wirtschaftler von großer Bedeutung war, einen möglichst genauen Einblick in die Entwicklung von Angebot und Nachfrage zu gewinnen, ist doch die eigentliche „Marktforschung“ ein verhältnismäßig junges Gebiet der Wirtschaft. In diesem recht kurzen Zeitraum haben vor allem die größeren Betriebe vielfach eigene Abteilungen für Marktforschung eingerichtet, daneben sind immer mehr Institute für Marktforschung

aufgekommen, die auch kleineren Firmen behilflich sind. Bei dieser kurzen Bewährungszeit der Marktforschung ist es verständlich, daß für sie vielfach noch über die Grundbegriffe weitgehend Unklarheit herrscht und die Systematik der von der Marktforschung angewandten Methoden noch recht wenig ausgebildet ist; dies stellt der Verf. unter Hinweis auf die Buch- und Zeitschriftenliteratur in seiner Einleitung (S. 11) fest. Es ist deshalb „nützlich, einige grundsätzliche Überlegungen über vorwiegend begriffliche und methodologische Fragen anzustellen“ (S. 12). Die Darstellung selbst gliedert sich in sechs Teile: 1. Begriffliches, 2. Methodologisches, 3. Marktforschung als Wissenschaft, 4. Marktforschung als Gegenstand akademischen Unterrichts, 5. Exkurs: Investitionsgüter, Konsumgüter, 6. Exkurs: Marktforschung und Motivforschung. Die Marktforschung beschränkt der Verf. ausdrücklich auf das „Erforschen eines begrenzten Marktes (Teilmarktes)“ im Gegensatz zur Erforschung des konkreten Globalmarktes, also aller Kauf- und Tauschakte in der Verkehrswirtschaft, die das ureigenste Anliegen der Nationalökonomie darstellt (S. 14 f.).

Im 1. Teil werden dann Grundbegriffe und abgeleitete Begriffe unterschieden; als Grundbegriffe werden genannt Marktanalyse und Marktbewachtung, weiter Markterkundung, Marktuntersuchung, Marketing, Marketing Research (Absatzforschung), Verbrauchsforschung, unter den abgeleiteten Begriffen vor allem ökoskopische und demoskopische Methoden der Marktforschung, wobei sich die „ökoskopische“ auf die Sachgegebenheiten als Objekt der Marktanalyse bezieht, die „demoskopische“ dagegen auf die Untersuchung der Marktgeschehnisse „lediglich am Verursachungsmoment Mensch“ (S. 27). Weiterhin ist dann maßgebend, von wem die Marktuntersuchung durchgeführt wird, auf welchen Raum sie sich erstreckt (z. B. Einzelmarkt im Inland oder Teilmarkt des Weltmarktes usw.), ob man die Marktverhältnisse zurückblickend oder vorausblickend („retrospektiv, prospektiv“) erforschen will — weiter wird zwischen quantitativer und qualitativer, Introduktions- und Ökonomisierungs-, primärer und sekundärer, interner und externer Marktforschung unterschieden; schließlich noch Beschaffungs-, Finanz- und Absatzmarktforschung sowie Investitionsgüter- und Konsumgüter-Marktforschung.

Im 2. Teil werden die Methoden der Marktforschung eingehend erörtert (auf 52 Seiten), wobei für die ökoskopische Methode besonders die Abnehmergruppenanalyse, die Retroanalyse und die Reihenanalyse in Frage kommen, die sich u. a. der Korrelationsrechnung (Regressionsanalyse) als eines wichtigen Hilfsmittels bedienen können, für die demoskopische Methode die verschiedenen Arten der Befragung (S. 58 ff.) und der Beobachtung (S. 78 ff.). Anschließend werden noch „Ökoskopie“ als empirische „Wirtschaftsforschung im rein ökonomischen Bereich“ (nach Behrens) und „Demoskopie“ als empirische Sozialforschung im rein subjektbezogenen Bereich grundsätzlich behandelt.

Im 3. Teil wird nach einer Beschreibung des Wesens der Wissenschaft der Wissenschaftlichkeitscharakter der Marktforschung und der

Standort der Marktforschung als Wissenschaft genauer erörtert; dabei spielen das Ziel der Marktforschung, ihr Gegenstand und das System in der Marktforschung die Hauptrolle, ferner der Zusammenhang zwischen Marktforschung und Betriebswirtschaftslehre sowie zwischen Marktforschung und Volkswirtschaftslehre. Hier ist von Interesse die Definition: „Die Nationalökonomie — und nur die Nationalökonomie — beschreibt und erklärt denkbar mögliche Märkte; die Marktforschung tut dasselbe in bezug auf konkrete Märkte“ (S. 102). Der Verf. lehnt es aber ausdrücklich ab, „die Marktforschung als Teil der Nationalökonomie zu bezeichnen“, vielmehr gibt er der Marktforschung einen selbständigen Platz als „eigene Wissenschaft“ (S. 104).

Im 4. Teil wird besonders die Notwendigkeit des Unterrichts an Hochschulen über das Gebiet der Marktforschung betont und das Ziel des Hochschulunterrichts in Marktforschungslehre entwickelt, wobei mit Recht hingewiesen wird auf die Vermittlung des notwendigen Fachwissens, der Fähigkeit zu wissenschaftlicher Arbeit und der philosophischen Bildung, worunter hier „sittliche und werhafte Bildung“ verstanden wird; der Verf. betont hier ausdrücklich, es liege „im Zwecke der Marktforschung ein besonders ethisch bildender Gehalt“ (S. 116). Dieser Hochschulunterricht in Marktforschungslehre wird dann noch kurz nach der notwendigen Art der Vorlesungen und Übungen behandelt, auch noch kurz „einige Forderungen an die Qualität des Dozenten besprochen“ (S. 121 f.).

Der 5. und 6. Teil, die ausdrücklich als Exkurse bezeichnet werden, geben immerhin noch interessante Erklärungen und Definitionen bezüglich der Marktgüter und der Markt- und Motivforschung, die besonders geeignet sind, Zweifel in Einzelheiten zu beseitigen. Hinsichtlich der Motivforschung sei darauf hingewiesen, daß der Verf. „der tiefenpsychologischen Richtung in der Marktforschung jeden Anspruch auf Wissenschaftlichkeit“ abspricht (S. 149).

Wenn auch die nicht immer ganz einfache Art der Begriffsbildungen und der Wortbildungen die Lektüre des Buches z. T. etwas schwierig gestaltet, so muß doch zusammenfassend festgestellt werden, daß das vorliegende Werk eine umfassende und gut begründete Einführung in die weit verzweigte Problematik der wissenschaftlichen Marktforschung darstellt, an der der Fachmann nicht vorbeigehen kann.

Peter Quante, Kiel

Konrad Engelmann: Die Lehre von der Einzelwirtschaft. Ein Beitrag zur Entwicklung neuer theoretischer Grundlagen. Köln und Opladen 1962. Westdeutscher Verlag. 222 S.

Gegenstand der Schrift ist nicht die praktisch methodische Seite des Fachs, sondern die systematische Erforschung des Wesens und Wirkens der Einzelwirtschaft, die Überwindung der vorwiegend erwerbswirtschaftlichen Vorstellungen der Betriebswirtschaftslehre und die Ausweitung des Blickfeldes auf Verwaltung und Haushalt (S. 7). Der umfangreiche Stoff wird in vier Kapiteln abgehandelt: I. Vorausset-

zungen und Tendenzen der einzelwirtschaftlichen Entwicklung. II. Ge- genstand und Perspektiven der Lehre von der Einzelwirtschaft. III. Die Wertmaßstäbe. IV. Die Erhaltung des einzelwirtschaftlichen Leistungspotentials. Im folgenden sollen nur die wesentlichsten, von der herrschenden Lehrmeinung abweichenden Ansichten und Forderungen des Verfassers besprochen werden.

Zwei im Wesen des wirtschaftenden Individuums liegende A-priori-Gegebenheiten wirtschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse beherrschen alle einzelwirtschaftlichen Vorgänge und Zusammenhänge, nämlich Bedarfsdeckung und Wirtschaftlichkeit (S. 9 f.). Die Bedarfsdeckung ist allen anderen Zwecken der Einzelwirtschaften übergeordnet und das einzige allen Wirtschaftseinheiten gemeinsame Ziel (S. 11). Nach der herrschenden Lehrmeinung ist der Bedarf *Voraussetzung* der Erwerbswirtschaft, ihr *Zweck* ist jedoch Gewinnerzielung, während Bedarfsdeckung Mittel zum Zweck ist. Für die Bedarfsdeckung der Haushaltungen ist Wirtschaftlichkeit keineswegs das allein herrschende Prinzip. Ein wichtiges Anliegen des Verfassers ist die Ausweitung des Forschungsgebietes durch Einbeziehung der Organisationslehre, der Betriebspychologie, der Arbeitswissenschaft (S. 21, 34) und der Ethik (S. 125) als integrierende Bestandteile einer umfassenden Einzelwirtschaftslehre. Durch die Einbeziehung aller Randgebiete — dazu gehören nicht zuletzt Rechtswissenschaft und u. U. Werkstoffkunde sowie Ingenieurwissenschaften — würde jedoch die Einzelbetriebswirtschaftslehre überfordert, denn sie ist zur Betreibung eigener Forschungen auf den meisten Randgebieten außerstande. Als Kriterien einzelwirtschaftlicher Leistung nennt der Verfasser (S. 49) Produktivität (= Wirtschaftlichkeit der Verwendung von Material und Lohn) und Rentabilität (= Wirtschaftlichkeit des Einsatzes von Finanzmitteln). Diesen beiden Teilwirtschaftlichkeiten ist die einzelwirtschaftliche Gesamtwirtschaftlichkeit übergeordnet, aber als letzten Maßstab der Einzelwirtschaftlichkeit kennzeichnet der Verfasser die Gemeinwirtschaftlichkeit (S. 52), das ist die „Erhaltung des Leistungspotentials der Wirtschaftseinheit in bezug auf ihren Anteil an der Deckung des spezifischen Bedarfs, für den sie geschaffen ist, und dies unter optimaler Berücksichtigung der Interessen aller an der Leistung beteiligten Sozialpartner“ (S. 54). Für unmittelbar konsumierende Haushaltungen „ergeben sich analoge Kriterien aus der Beobachtung ihres wirtschaftlichen Verhaltens, das weder ihre eigene Konsumkraft schmälen, noch gemeinwirtschaftlich nachteilige Folgen haben darf“ (S. 54). Die Feststellung der Gemeinwirtschaftlichkeit einer Einzelwirtschaft ist aber äußerst problematisch; das gilt sowohl für die Unternehmung als auch für den Einzelhaushalt, dem obendrein die beiden erwerbswirtschaftlichen Kriterien Produktivität und Rentabilität fehlen.

Der Betriebswirtschaftslehre wird vorgeworfen, daß sie nur die quantifizierbaren Werte in die Kalkulation einbezieht, aber die unquantifizierbaren Werte nicht berücksichtigt (S. 57 ff.). Den Einwand, daß die Lehre den sozialen, psychologischen und ethischen Belangen

große Bedeutung beimitzt, ohne sie zahlenmäßig bewerten zu können, läßt der Verfasser nicht gelten (S. 68). Die Ausführungen über Bilanzwerte, Verrechnungswerte und Maßstäbe des Gesamtwertes von Unternehmungen (S. 72—117) betreffen ausschließlich die Erwerbswirtschaft und beweisen — trotz der mannigfachen Bewertungsgrundsätze — die Bedeutung der Rechenhaftigkeit für die Unternehmung. Die Erörterung konsumwirtschaftlicher Wertmaßstäbe (S. 117 ff.) ist unbefriedigend, weil weder Leistung noch Wirtschaftlichkeit des privaten Haushaltes meßbar sind und weil der Nachweis fehlt, daß die Einzelwirtschaftslehre einen besseren Gesamtüberblick gewinnen kann, als es der Volkswirtschaftslehre möglich ist. Zur Lösung des aus quantifizierbaren und nicht quantifizierbaren Bewertungsgrundsätzen entstehenden Dilemmas fordert der Verfasser eine betont geisteswissenschaftliche Grundhaltung statt der vorherrschenden Hinneigung zu mathematisch-naturwissenschaftlichen Methoden (S. 125). Wo die Daten, die eine auf Quantifizierbarkeit eingestellte Methodik zu erarbeiten vermag, nicht ausreichen, setzt die wissenschaftliche Aufgabe der Ermittlung andersartiger Maßstäbe ein, weil sonst das Problem von Werturteilen als Grundlage für nicht quantifizierbare Faktoren nicht lösbar ist (S. 126). „Genaue Zweikanalyse und dementsprechende Einstellung zum Wertmaßstab ersetzt weitgehend rechnerische Unterlagen, wo sie der Natur des zu bewertenden Faktors gemäß fehlen“ (S. 127).

Voraussetzung für die Erhaltung des Leistungspotentials der Einzelwirtschaft ist die Kenntnis der sachlichen und persönlichen Werte nebst der sonstigen imponderablen Kräfte, auf denen die Leistung mit beruht. Folgerichtig wird das Realkapital als Summe sachlicher und ideeller Werte aufgefaßt (S. 130). Daraus folgt wiederum, daß der Kostenbegriff nicht nur die zur Hervorbringung betrieblicher Leistungen verbrauchten Güter und Dienste, sondern auch den Verzehr imponderabler Kräfte umfaßt (S. 164, 167, 168). „Auswahl, Bestimmung und Bewertung der Kosten privater Haushaltungen sind für Lenkung und Erhaltung des Kapitals in der Volkswirtschaft ebenso wichtig, wie es die gleichen Faktoren in der Erzeugungs- und Verteilungssphäre sind“ (S. 190). Liquidität ist Voraussetzung der Leistungsbereitschaft. Die Erhaltung der Liquidität verlangt eine Finanzplanung auf lange Sicht und laufende, außerhalb der Doppik geführte Liquiditätsübersichten (S. 190 ff.). Marktpflege ist eine spezifische Kategorie der einzelwirtschaftlichen Sozialpflege. Die Fachlehre, die sich bisher überwiegend mit der Behandlung der Methodik des Verkehrs mit Kunden, Lieferanten, Arbeitnehmern, Banken, Behörden u. a. begnügt hat, muß eine umfassende Soziologie und darauf aufbauende Sozialpolitik entwickeln (S. 200 ff.) und etwaige Mißstände (z. B. hemmungslose Verkaufswerbung, Machtmißbrauch zwischen den Sozialpartnern) aufdecken (S. 203 ff.).

Die interessante Schrift gibt den Wirtschaftswissenschaften eine Fülle von Anregungen, die aber nur zum Teil die Betriebswirtschafts-

lehre, dagegen m. E. überwiegend die Volkswirtschaftslehre betreffen. Für die Betriebswirtschaftslehre würde die Quantifizierung von Imponderabilien auf Grund von Werturteilen die Aussagekraft des Rechnungswesens unzulässig beeinträchtigen. Da Maßstäbe für Leistung und Wirtschaftlichkeit der privaten Haushaltungen fehlen, können diese Einzelwirtschaften im Verhältnis zur Erwerbswirtschaft für die betriebswirtschaftliche Forschung nur wenig ergiebig sein. Die Ergänzung der Schrift durch ein Stichwortregister und ein Namenverzeichnis wäre zweckmäßig.

Hermann Funke, Berlin

Johannes Depenbrock: Die Stellung der Kommunen in der Versorgungswirtschaft. Ein Beitrag zum Wirtschaftsverfassungsrecht. (Schriften des Instituts für Wirtschaftsrecht an der Universität Köln, hrg. von H. C. Nipperdey, Band 12.) München und Berlin 1961. C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung. VIII, 88 S.

Depenbrock setzt sich mit der Frage auseinander, ob auf dem Gebiet der Versorgungswirtschaft prinzipiell der öffentlichen Hand oder privatwirtschaftlichen Kräften der Vorrang gebühre. Der Autor schildert zunächst die tatsächliche Entwicklung der Versorgungsbetriebe vom Beginn der Industrialisierung bis zur Gegenwart, und zwar — wegen der großen Unterschiede der Betriebsstruktur und der Eigentumsverhältnisse, die einheitliche Grundtendenzen kaum hervortreten lassen — in gesonderten Abschnitten für Wasser-, Gas-, Elektrizitäts- und Verkehrswirtschaft. Dabei machte sich im gesamten Bereich der Versorgungswirtschaft eine wachsende kommunale Beteiligung bis zur Vorherrschaft der gemeindlichen Interessen bemerkbar, doch fällt der Anteil der Privatwirtschaft durchaus noch ins Gewicht (vor allem im Zuge der Zusammenfassung gemeindlicher Betriebe mit gemischtwirtschaftlichen und privaten Unternehmen im überregionalen „Verbund“, S. 19). Sodann referiert der Verfasser über die gesetzliche Entwicklung und stellt die wichtigsten einschlägigen Bestimmungen in ihren Grundzügen dar mit dem Resultat, daß der Gesetzgeber die kommunalen Versorgungsbetriebe gegenüber den gleichartigen Betrieben der privaten Wirtschaft niemals als besonders förderungs- und schutzwürdig angesehen hat; eher läßt sich aus den gemeinderechtlichen Vorschriften das Gegenteil entnehmen (S. 43), sofern man eben die Augen verschließt vor den mit der Wirtschaftsordnung nicht zu vereinbarenden Steuervergünstigungen. Im Schlußteil zeichnet der Verfasser die rechtsdogmatische Entwicklung der Versorgungswirtschaft (Daseinsvorsorge, Kontrahierungzwang, „beliebene Unternehmen“, Einfluß der faktischen Verhältnisse usw.) nach und untersucht, welche Folgerungen sich hieraus für den Betrieb von kommunalen und privaten Versorgungsunternehmen ergeben. Auch als vorwiegend rechtskundliche Studie vermittelt diese Schrift nützliche kommunal- und wirtschaftspolitische Einsichten und frischt zudem manche ältere Erkenntnis auf (wie etwa jene Max Webers, „daß die wirtschaftlichen Unternehmen der Gemeinden den Trend zur Angleichung an die Privatwirtschaft zeigten“, S. 17).

Antonio Montaner, Mainz